

# Die Politik zum Land

## Das Regierungsprogramm NRW2000plus 2000 - 2005

Beschlossen auf dem Landesparteitag der NRWSPD  
am 11./ 12. März 2000 in Bochum



**NRW  
SPD**

Richtung Zukunft.

# Die Politik zum Land

## Das Regierungsprogramm NRW2000plus der NRWSPD

### Inhalt

I.	<b>Richtung Zukunft</b>	Seite 5
II.	<b>Die Politik zum Land – Kurs Nordrhein-Westfalen 2000plus</b>	Seite 9
1.	Wachstum und Innovationen stärken	Seite 9
2.	Arbeit und Beschäftigung fördern	Seite 12
3.	Investitionen in die Zukunft – Bildung und Qualifizierung in Schulen und Hochschulen, Ausbildung und Weiterbildung	Seite 14
4.	Die tatsächliche Gleichstellung von Frau und Mann – Ziel unserer Politik	Seite 20
5.	Den sozialen Zusammenhang auf neuen Wegen sichern	Seite 23
6.	Moderne, leistungsfähige Infrastruktur sichern	Seite 26
7.	Zukunftssichere Finanzen	Seite 30
8.	Sicheres und bürgernahes Nordrhein-Westfalen	Seite 31
9.	Nordrhein-Westfalen – ein Land der Kultur und des Sports	Seite 35
10.	Kommunale Demokratie und Bürgerengagement	Seite 38
11.	Ein europäisches Nordrhein-Westfalen in internationaler Verantwortung	Seite 39
III.	<b>Die Politik zum Land</b>	Seite 41

# I. Richtung Zukunft

Freiheit und Gerechtigkeit, Solidarität und Verantwortung:

Diese Werte sind die Richtschnur unseres Handelns. Sie in praktische Politik umzusetzen, das ist unsere Aufgabe – für die Zukunft unserer Kinder, für die Festigung unserer Demokratie und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Wir machen die Politik zum Land und wir stützen uns dabei auf unsere Erfahrung, aber auch auf neue Ideen für morgen.

Dabei wissen wir, dass sich die Rahmenbedingungen unseres Handelns zu Beginn des 21. Jahrhunderts grundlegend verändert haben.

Die wirtschaftliche und die politische Globalisierung, aber auch die gesellschaftliche Differenzierung und Vielfalt machen es immer schwieriger, soziale Gerechtigkeit zu bewahren. Aber darum geht es: Im Prozess der ökonomischen und ökologischen Erneuerung die soziale Balance nicht zu verlieren.

Nordrhein-Westfalen ist das stärkste Land und Zentrum im Westen Deutschlands, ein Land der ökonomischen und ökologischen Moderne und des sozialen Ausgleichs, ein Land mit stärkstem Interesse am Zusammenwachsen Deutschlands und an der europäischen Integration.

Nordrhein-Westfalen, das steht für den gelungenen Gleichklang von wirtschaftlicher Innovation und sozialer Gerechtigkeit, für Vielfalt, Weltoffenheit und Liberalität. Darin ist unser Land seit vielen Jahren erfolgreich von der Sozialdemokratie geprägt worden. Wir wollen, dass Nordrhein-Westfalen auch im 21. Jahrhundert die Heimat der sozialen Demokratie in Deutschland bleibt.

Unser Land hatte und hat den tiefgreifendsten Strukturwandel im Westen Deutschlands durchzumachen. Es hat sich in diesen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungsprozessen glänzend behauptet. Die Menschen in Nordrhein-Westfalen haben aus eigener Kraft einen Wandel zuwege gebracht, der im Westen Deutschlands ohne Beispiel ist.

Wir sind gut gerüstet für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.

## Zukunft braucht Wachstum, Arbeit und Innovationen

Die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit stehen im Zentrum unserer Politik. Dafür ist ein intelligenter Mix aus Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, Nachfrage- und Angebotspolitik ebenso notwendig wie eine gezielte Innovationspolitik, die Wissenschaft und Technologie, Bildung und Qualifikation fördert und neue Beschäftigungsfelder erschließt.

Deutschland ist endlich wieder auf dem Wachstumspfad. Wir in Nordrhein-Westfalen haben durch unsere Politik die Voraussetzung dafür geschaffen, dass die neue Wachstums-



dynamik sich auch auf dem Arbeitsmarkt in unserem Land positiv auszuwirken beginnt. Wir verbessern die Rahmenbedingungen für mehr Wachstum und Beschäftigung weiter und nutzen dabei alle Instrumente – von der Steuerpolitik über die Arbeitsmarktpolitik bis hin zur Förderung von Bildung und Wissenschaft.

## Zukunft braucht Gerechtigkeit und Chancengleichheit

Wir wollen eine gerechte Gesellschaft, in der alle gleich gute Startchancen und Entfaltungsmöglichkeiten haben. Jede und jeder Einzelne soll bei uns die Möglichkeit haben, ihre Zukunft aus eigener Kraft und nach den eigenen Vorstellungen meistern und gestalten zu können.

Ziel ist das selbstbestimmte Leben für beide Geschlechter. Denn zu einer gerechten Gesellschaft gehört auch, die Gleichstellung von Frauen weiter zu verbessern. Auch sie muss immer wieder neu an der sich wandelnden Lebenswirklichkeit gemessen und im Hinblick auf die Herausforderungen der Wissensgesellschaft weiterentwickelt werden. Gleichstellungspolitik bleibt dabei eine Querschnittsaufgabe, der alle Politikbereiche verpflichtet sind. Zugleich brauchen wir eigenständige Maßnahmen, um die Benachteiligung von Frauen gezielt abzubauen.

Die Voraussetzung für eine gerechte Gesellschaft ist, dass die großen Lebensrisiken auch in Zukunft sozialstaatlich abgesichert sind und dass die Menschen durch ausgezeichnete Bildung und Ausbildung zur Gestaltung und Bewältigung des Wandels befähigt werden. Dafür sind wir auf die Bereitschaft zu Eigeninitiative und Eigenverantwortung des und der Einzelnen angewiesen. Wir werden das fördern, aber auch fordern. Nur so werden wir unser Land auch in Zukunft leistungsstark erhalten.

## Zukunft braucht Solidarität

Es ist unsere wichtigste Aufgabe, die Gesellschaft auf der Grundlage gemeinsamer Werte und Überzeugungen zusammenzuhalten, die Menschen für die Herausforderungen des Informationszeitalters zu qualifizieren und zu befähigen und Ausgrenzungen vom gesellschaftlichen Leben, welcher Art auch immer, entgegenzuwirken.

Von Nordrhein-Westfalen aus ist über viele Jahre das wirtschaftliche, soziale und politische Leben in der Bundesrepublik maßgeblich geprägt worden. Ohne die Sozialpartnerschaft „made in Nordrhein-Westfalen“ hätte es die soziale Demokratie in Deutschland so nicht gegeben.

Auch heute noch zahlen wir mehr als die meisten anderen Länder in den Länderfinanzausgleich, auch heute noch tragen wir mehr als alle anderen Länder zum Zusammenhalt und zum Zusammenwachsen Deutschlands bei. Wir stehen zum sozialen Ausgleich, in Deutschland und in Europa.

Wir gestalten den Wandel von der Industrie- zur Informations- und Wissensgesellschaft. Für uns steht der Mensch im Mittelpunkt, nicht die Technik. Richtschnur unseres Handelns ist Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Teilhabe aller Menschen an den Chancen der Wissens- und Informationsgesellschaft. Wir werden eine Spaltung unserer Gesellschaft nicht zulassen: In „Innovationsgewinner“, die sich alle Techniken und Informationen leisten und ihre Vorteile nutzen können, und in „Innovationsverlierer“, die durch finanzielle Zugangsbarrieren oder fehlende Kenntnisse von den neuen Möglichkeiten ausgeschlossen bleiben.

Wir wissen aber auch: Solidarität braucht Stärke. Sozialer Ausgleich kann nur gelingen, wenn die Starken stark genug bleiben, um ihre Aufgaben aus eigener Kraft zu lösen. Deshalb ist ein starkes Nordrhein-Westfalen gut für Deutschland und unersetzbar für den sozialen Ausgleich.

## Zukunft braucht Kooperation und Konsens

Wir haben einen Weg eingeschlagen, der heute vielen in Deutschland als vorbildlich gilt – den Weg des Konsens und der Kooperation, den Weg der partnerschaftlichen Mitwirkung und Mitverantwortung der gesellschaftlichen Gruppen wie der Arbeitgeber und der Gewerkschaften, der Kirchen, der Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen und Vereine.

Das Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit in Nordrhein-Westfalen, unser Ausbildungskonsens, unsere Initiative Jugend in Arbeit, die Gründungsoffensive GO und viele andere Beispiele zeigen: Gesellschaftlicher Konsens und partnerschaftliche Kooperation in den wichtigsten Fragen zahlen sich aus, für alle.

Daran halten wir fest. Weil wir unsere politischen Gestaltungsansprüche und die Prinzipien der offenen und solidarischen Gesellschaft auch unter den Bedingungen internationalen Wettbewerbs und engerer Handlungsspielräume auf nationaler Ebene verwirklichen wollen, zum Wohl unseres Landes.

## Zukunft braucht europäisches Denken und Handeln

Wenn wir unsere Grundwerte auch im 21. Jahrhundert leben wollen, müssen wir sie europafähig und zugleich in Europa mehrheitsfähig machen. Wir werden mehr in internationalen Maßstäben denken und entscheiden als je zuvor. Denn zusammen mit unseren Nachbarländern bildet Nordrhein-Westfalen längst eine europäische Region, mit europäischen Interessen, die wir selbstbewusst auch in Brüssel und Straßburg vertreten. Partnerschaftliche Internationalität, das ist unser Leitbild.

## Zukunft braucht ein starkes Nordrhein-Westfalen in einem starken Deutschland

Nordrhein-Westfalen ist nicht nur geographisch, sondern auch politisch, wirtschaftlich und kulturell das Zentrum im Westen Deutschlands: offen für Europa und zugleich fest verwurzelt in der sozialen Marktwirtschaft, in der sozialen Demokratie.

Diesen Weg gehen wir weiter – selbstbewusst im Interesse unseres Landes und seiner Menschen. Wir bekennen uns zu diesen Interessen. Wir bekennen uns aber auch in Zukunft zu unserer Verantwortung in und für Deutschland und Europa – zu unserer Verantwortung für ein europäisches Deutschland.

Von Bonn aus sind die Geschehnisse der zweiten Demokratie auf deutschem Boden ein halbes Jahrhundert lang erfolgreich geprägt worden. Wir werden darauf achten, dass die politische Kultur, der Föderalismus und die Sozialstaatlichkeit in diesem Geist auch von Berlin aus, dem neuen politischen Zentrum Deutschlands, weiter entwickelt werden.



## Nordrhein-Westfalen – das Land der besten Chancen.

Es ist unser Ziel, dass Nordrhein-Westfalen auch im 21. Jahrhundert eine der wirtschaftlich stärksten und lebenswertesten Regionen Europas bleibt. Wir wollen, dass Nordrhein-Westfalen einer der besten Orte zum Leben, zum Lernen und zum Arbeiten bleibt.

Wir wissen:

Am 14. Mai geht es um eine klare Entscheidung über die Zukunft unseres Landes. Wir werben um eine möglichst breite Unterstützung für die Fortsetzung unserer erfolgreichen Politik, für Innovation und sozialen Ausgleich, für ein modernes und gerechtes Nordrhein-Westfalen.

## II.

# Die Politik zum Land: Kurs Nordrhein-Westfalen 2000plus

Wirtschaftliche Modernität, sozialer Ausgleich, ökologischer Fortschritt, das alles bei soliden Staatsfinanzen – das bleiben die Wegweiser sozialdemokratischer Politik für Nordrhein-Westfalen im 21. Jahrhundert. Diesen Kurs werden wir fortsetzen.

### 1. Wachstum und Innovationen stärken

Einen hohen Beschäftigungsstand in Nordrhein-Westfalen zu erreichen und die Arbeitslosigkeit spürbar zu senken – das war und ist unser oberstes Ziel. Die Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen sinkt seit 1996, wenn auch noch zu langsam. Der kommende Aufschwung und die demographische Entwicklung verbessern unsere Chancen, die Arbeitslosigkeit in den nächsten fünf Jahren viel stärker abzubauen und sie letztendlich besiegen zu können.

Dazu brauchen wir ein hohes wirtschaftliches Wachstum, eine größere Beschäftigungswirksamkeit des Wachstums und noch mehr Anstrengungen in der Qualifizierung. Die Zukunft auch für mehr Arbeitsplätze liegt in der Dienstleistungsgesellschaft mit starker industrieller Basis. Industrielle Spitzenleistungen, passgenaue Dienstleistungen und flexibles handwerkliches Können zusammen mit Know-how, Erfahrung und Lernbereitschaft – das ebnet uns den Weg in die Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts.

Der erfolgreiche Strukturwandel hat auch neue Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen geschaffen. Diese Entwicklung wollen wir fortführen. Wir wollen, dass Frauen und Männer gleiche Chancen haben: Bei Berufswahl und Ausbildung, beim beruflichen Einstieg und Aufstieg sowie bei der Weiterbildung. Gleiche Chancen von Frauen und Männern am Arbeitsplatz sind Kennzeichen moderner Unternehmenskulturen. Sie sind die Voraussetzung, um die Kompetenzen von Frauen stärker zu nutzen und ein wichtiger Wettbewerbsfaktor, der noch zu wenig genutzt wird. Deshalb wollen wir frauenfreundliche Unternehmenskulturen und Personalstrategien unterstützen.

Mehr denn je sind wir heute darauf angewiesen, dass auch Wirtschaft und Unternehmen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden. Auch im Zeitalter der Globalisierung werden Wirtschaft und Politik daran gemessen, dass die ökonomischen Erfolge auch in soziale Gerechtigkeit, in wachsenden Wohlstand und Arbeit für möglichst viele Menschen umgesetzt werden können. Wir setzen deshalb auf Dialog, Konsens und Kooperation der am Wirtschaftsleben Beteiligten.

Wir werden an die Erfolge unserer kooperativen Strukturpolitik anknüpfen und dabei die Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft schneller voranbringen. Dazu werden wir auch in Zukunft alle Handlungsmöglichkeiten des Landes voll ausschöpfen. Unsere Gründungsoffensive, unsere neue Mittelstandsoffensive, die Forschungs-, Qualifizierungs-, Verkehrs- und Arbeitsmarktpolitik – sie alle müssen zusammenwirken, damit wir unsere Ziele erreichen:



Die Arbeitslosigkeit entschlossen abzubauen, Wachstum und Wohlstand zu sichern und unser Land fit für die Zukunft zu machen.

Dafür wollen wir Unternehmen in Nordrhein-Westfalen bestmögliche Rahmenbedingungen bieten: Qualifizierte Arbeitskräfte, hochwertige Forschung, wettbewerbsfähige Steuern, eine flexible, rasch handelnde Verwaltung und ein modernes, leistungsfähiges Verkehrssystem. Das ist die elementare Voraussetzung dafür, dass in den industriellen Zentren im Maschinenbau, im Fahrzeugbau, in der chemischen und der Metallindustrie ebenso wie in der Energie- oder der Bauwirtschaft auch künftig Spitzenleistungen erbracht und Kaufkraft und Nachfrage in Nordrhein-Westfalen angeregt werden.

Wir werden die heimische Wirtschaft, den Mittelstand und das Handwerk, nachhaltig stärken. In den Dienstleistungen und bei den kleinen und mittleren Unternehmen liegen die größten Chancen für neue Jobs, für Wachstum und gesamtwirtschaftliche Flexibilität. Arbeitnehmerfreundliche und mittelstandsfreundliche Politik sind für uns keine Gegensätze, sie gehören zusammen. Deshalb bauen wir unsere erfolgreiche Gründungsoffensive „GO“, die Nordrhein-Westfalen zum Gründungsland Nr. 1 in Deutschland gemacht hat, zu einer umfassenden Mittelstandsoffensive für mehr Arbeitsplätze aus. Dazu werden wir die bisherigen Regional- und Strukturprogramme, Forschungs-, Entwicklungs- und Qualifizierungsprogramme bündeln und stärker miteinander zu verknüpfen. Ziel ist: Eine Anlaufstelle für die Mittelständler. Sie soll auch dazu beitragen, Gründungen auf längere Sicht zu unterstützen und zu stabilisieren.

Gerade kleine und mittlere Unternehmen haben stark unter der wachsenden Abgabenlast in den vergangenen Jahren gelitten. Diese Entwicklung hat die neue Bundesregierung mit unserer Unterstützung gestoppt und umgekehrt. Wir haben die Massenkaukraft gestärkt, die Lohnnebenkosten zurückgeführt und senken nun auch die Unternehmensteuern. Damit wird die internationale Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen am Standort Deutschland verbessert, die Eigenkapitalbildung in der Wirtschaft gefördert und der Standort Deutschland für in- und ausländische Investoren wieder attraktiv gemacht. Zusammen mit der Landesregierung haben wir damit wichtige Weichen für Wachstum und mehr Arbeitsplätze gestellt.

Unsere erfolgreiche Strukturpolitik werden wir stärker auf die Förderung von Existenzgründungen und die Bereitstellung von Beteiligungskapital ausrichten. Das sind die wichtigsten Hebel für eine größere wirtschaftliche Dynamik, für die wir in den vergangenen Jahren mit dem Ausbau der wirtschaftsnahen und der wissenschaftlichen Infrastruktur hervorragende Voraussetzungen geschaffen haben.

Wir wissen, dass Hochleistungsforschung unverzichtbar ist für Spitzenjobs und hohe Einkommen von morgen. Deshalb wollen wir die wirtschaftliche Wirksamkeit unserer Forschungseinrichtungen im Land weiter steigern und die Vernetzung zwischen Wirtschaft und Wissenschaft weiter voranbringen.

Durch die Bildung von Schwerpunkten für Leittechnologien wollen wir die Brücke zwischen Forschung und Anwendung, aber auch zwischen Anwendung und Wertschöpfung schlagen. Fünf Schlüsseltechnologien sind es, die wir für den Standort Nordrhein-Westfalen in Wirtschaft und Forschung sichern und ausbauen müssen: die Mikrosystemtechnik, die Bio- und Gentechnologie, die Energietechnik, die neuen Werkstoffe und Multimedia.

Wir unterstützen das Forschungszentrum Jülich und die nordrhein-westfälischen Hochschulen bei der Bewerbung um die europäische Spallationsneutronenquelle (ESQ) als zentrales Projekt der modernen Materialforschung. Da von der Materialforschung Lösungen für die zentralen Fragen der Technologieentwicklung der Industrienationen erwartet wer-



den, wollen wir alles daran setzen, dieses europäische Großprojekt nach Nordrhein-Westfalen zu holen. Neue Materialien sind der Schlüssel für eine bessere Energienutzung, neue Energiesysteme und einen wirksamen Umweltschutz.

Wir wollen unsere technologie- und forschungspolitischen Anstrengungen weiter konzentrieren auf die gesellschaftlichen Bedarfsfelder von morgen:

Umwelt, Gesundheit, ressourcenschonende Energieversorgung, Bauen und Wohnen, Logistik und intelligente Verkehre sowie offene Kommunikation. Hier und heute können und werden wir die Grundlagen für einen langgezogenen Aufschwung auf den Märkten von morgen legen.

Dabei können wir weder auf Groß- noch auf kleine und mittlere Unternehmen verzichten. Wir brauchen alle gleichermaßen – ob nun in neuen Branchen wie den dynamisch wachsenden Medien, der Bio- und Gentechnologie, den neuen Werkstoffen oder in den klassischen Industrien in der Chemie, im Stahl oder in der Energiewirtschaft.

Wir wollen den Erfolg des Medienstandorts Nordrhein-Westfalen fortsetzen. Unter sozialdemokratischer Verantwortung hat sich unser Land zu einem führenden europäischen Standort der Medienindustrie entwickelt, die einen erheblichen Beitrag zum Strukturwandel leistet. Die wichtigsten deutschen Unternehmen der Medien- und Kommunikationsbranche haben ihren Sitz in NRW. Die größte deutsche Fernsehstudiolandschaft ist hier entstanden. Mit 46 Lokalradiostationen, das erfolgreichste private Radioangebot, den 5 WDR-Hörfunkprogrammen, der Deutschen Welle und dem Deutschlandfunk bietet NRW die vielfältigste Hörfunklandschaft in Deutschland. Wir werden den Medienwirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen ausbauen und die Zusammenarbeit mit unseren europäischen Nachbarn intensivieren.

Wir wollen in Nordrhein-Westfalen die Nummer Eins in der Energiespartechnik, in der Energieproduktion und beim Ausbau der erneuerbaren Energien bleiben und unsere Führungsposition möglichst noch ausbauen. Wir wollen Nordrhein-Westfalen und das Ruhrgebiet zur Solarschmiede Europas machen. Deshalb werden wir den eingeschlagenen Weg der Förderung rationeller Energieverwendung und der Nutzung unerschöpflicher Energien konsequent weitergehen.

Dabei bleiben die kostengünstige Braunkohle und die Steinkohle für uns unverzichtbare Bestandteile einer zukunftsorientierten, auf Hochtechnologie basierenden Energieversorgung. Wir brauchen auch die Förderung der Steinkohle, weil wir auf dem internationalen Kohlemarkt technologisch und unternehmerisch präsent bleiben wollen und weil die Abhängigkeit Deutschlands und der EU von Energie-Importen schon heute hoch ist. Deshalb halten wir am Kohle-Kompromiss von 1997 fest. Wir erwarten, dass die Bundesregierung Gerhard Schröders die weitere Förderung der Steinkohle über 2005 hinaus zuverlässig absichert und dass die Europäische Kommission sich dem nicht in den Weg stellt. Auch der Anteil der Braunkohle an der Energieversorgung muss gesichert sein. Dafür stehen wir ein. Die Braunkohle ist der einzige heimische Energieträger, der kostenmäßig im internationalen Wettbewerb bestehen kann. Sie wird auch künftig einen bedeutenden Beitrag zur Energiesicherung unseres Landes leisten. Dabei garantiert die Braunkohleindustrie zehntausende Arbeitsplätze und ist das wirtschaftliche Rückgrat einer ganzen Region.

Auch die Chancen, die der Umweltschutz für Wachstum und Innovation bietet, wollen wir konsequent nutzen – weil wir eine ökologische Verantwortung gegenüber unseren Kindern haben, die nicht an den nationalen Grenzen Halt machen. Aus Erfahrung wissen wir, dass Umweltschutz und Umwelttechnologie untrennbar zusammen gehören und eine Erfolgspartnerschaft bilden:



Innerhalb nur einer Generation haben wir die ökologischen Hypotheken unserer schwerindustriellen Vergangenheit abgetragen. Innerhalb einer Generation ist der Himmel über der Ruhr wieder blau geworden, hat sich die Qualität von Luft, Boden und Wasser in Nordrhein-Westfalen beispiellos und nachhaltig verbessert.

Heute stehen wir vor der Aufgabe, stärker von einer ordnenden zu einer gestaltenden Umweltpolitik überzugehen. Wir brauchen Ordnungsrecht auch künftig für Gefahrenverhütung und –abwehr. Der Schlüssel für eine nachhaltige ökonomische und ökologische Entwicklung unseres Landes liegt aber in der Integration des Umweltschutzes in die Verkehrs-, Wohnungs-, Bildungs- und Energiepolitik.

Denn die eigentlichen Aufgaben der Umweltpolitik im 21. Jahrhundert liegen in der Energie- und der Technologiepolitik, in innovativen Lösungen für die Verkehrsprobleme, in der Entwicklung neuer Werkstoffe und besserer Lösungen für die Steigerung der Materialproduktivität. Moderne, erfolgreiche Umweltpolitik muss, wenn sie wirksam bleiben will, mehr und mehr in die Wirtschafts- und Technologiepolitik integriert werden.

Unser sozialdemokratischer Grundsatz bleibt richtig:

Umwelt, Innovation und Beschäftigung müssen und können zu einer erfolgreichen Allianz verbunden werden. Dabei müssen wir gerade im Umweltschutz europäisch denken und handeln.

## 2. Arbeit und Beschäftigung fördern

Unsere Arbeitsmarktpolitik hat in den vergangenen Jahren mit Erfolg die Modernisierungsprozesse in Unternehmen unterstützt, den Strukturwandel begleitet und Brücken für Arbeitslose in den ersten Arbeitsmarkt gebaut. Das werden wir konsequent fortsetzen.

Wir wollen den Unternehmen und den Beschäftigten helfen, sich auf die neuen Bedingungen einer globalen Wirtschaft einzustellen und in der modernen Arbeitswelt einen zukunftsfähigen Platz zu finden. Wir wollen den Strukturwandel so gestalten, dass er auch weiterhin ohne soziale Brüche verläuft. Wir wollen und werden den Menschen, die besondere Unterstützung brauchen, auch in Zukunft Hilfe zur Selbsthilfe anbieten.

Wir setzen unsere aktive Arbeitsmarktpolitik auf hohem Niveau fort. In einer Welt steigender Anforderungen an die Fähigkeit und die Bereitschaft, um- und weiterzulernen, müssen wir unser arbeitsmarktpolitisches Instrumentarium aber noch stärker auf die Beschäftigungsfähigkeit der Menschen ausrichten.

Das heißt, wir müssen stärker auf Qualifizierung setzen. Denn fehlende Qualifikationen würden sich sonst künftig noch stärker im Nebeneinander von Arbeitslosigkeit einerseits und Fachkräftemangel und Überstunden andererseits niederschlagen. Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und ihrer Entstehung vorzubeugen heißt: Auf exzellente schulische und berufliche Ausbildung und auf die gezielte Begleitung betrieblicher Modernisierungsprozesse durch Qualifizierung zu setzen. Es kommt darauf an, Frauen und Männer noch wirkungsvoller als bisher auf die Herausforderungen der Informationsgesellschaft vorzubereiten. Gerade Frauen eröffnen sich mehr Chancen als bisher in zukunftsfähigen Branchen wie etwa der Medienwirtschaft.

Das Bündnis für Arbeit bleibt für uns in Nordrhein-Westfalen eine zentrale Initiative.

Im Bündnis für Arbeit haben wir uns auf eine Reihe von Schwerpunkten verständigt:

- die Möglichkeiten der Arbeitszeitpolitik wie Teilzeitarbeit, Überstundenabbau oder andere Formen der Arbeitszeitverkürzung in Verbindung mit Qualifizierung zu nutzen,
- die arbeitsmarktpolitischen Instrumente organisatorisch in Transfergesellschaften zu bündeln,
- zusätzliche Beschäftigungsfelder auch für gering Qualifizierte zu erschließen.

Wir wissen aber auch: Im weltweiten Standortwettbewerb braucht der Arbeitsmarkt mehr Flexibilität. Dabei ist Arbeitslosigkeit für Wirtschaft und Gesellschaft in jeder Hinsicht die teuerste Form von gesamtwirtschaftlicher Flexibilität. Wir setzen auf gestaltete Flexibilität, eine Flexibilität, die Chancen schafft und soziale Verlässlichkeit sichert. Vor allem mit mehr Teilzeitarbeit, mit der Förderung von Job-Rotation und mehr Weiterbildung wollen wir so dazu beitragen, die Beschäftigungsreserven der guten Konjunktur optimal auszunutzen.

Im Strukturwandel der Arbeitswelt stecken für Frauen wie Männer auch große Chancen. Innovative Arbeitsformen, wie z. B. Telearbeit, geben Zeitsouveränität zurück und erweitern das Zeitbudget für Familienarbeit, Hausarbeit, bürgerschaftliches Engagement und Erholung. Sie bieten neue Möglichkeiten für individuelle Produktivität und gesellschaftliche Wertschöpfung. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass der Wunsch vieler Paare, Erziehungs- und Hausarbeit partnerschaftlich zu erledigen, Wirklichkeit werden kann. Mit dem Aktionsprogramm „Frau und Beruf“ haben wir bereits 1994 in allen Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsprogrammen des Landes frauenfördernde Regeln verankert. Das werden wir auch in Zukunft so halten.

Die Weiterentwicklung unserer modernen Arbeitszeitpolitik wird einen weiteren Schwerpunkt in den nächsten Jahren bilden. Mit der Verabredung im nordrhein-westfälischen Bündnis für Arbeit, in zunächst 100 Betrieben die Beschäftigung um 5% durch alle Formen arbeitszeitpolitischer Maßnahmen zu steigern, haben wir den Startschuss gegeben.

Die Integration junger Menschen in den Arbeitsmarkt ist und bleibt eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe, die wir zusammen mit der neuen Bundesregierung konsequent angepackt haben. Mit der Landesinitiative „Jugend in Arbeit“ haben wir in den vergangenen Jahren einen vielbeachteten, innovativen Ansatz zur Integration besonderer Problemgruppen in regulärer Arbeit entwickelt. Die Zahl der Jugendlichen, die länger als ein Jahr arbeitslos sind, konnte um 40%, die der arbeitslosen Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen insgesamt um über 10% verringert werden. Wir werden weitere Beschäftigungschancen für unsere Jugendlichen zusammen mit der Arbeitsverwaltung, mit unseren Landesprogrammen und mit Hilfe der engagierten Unternehmen in unserem Land schaffen.

Jugendsozialarbeit und Jugendberufshilfe leisten darüber hinaus wichtige Hilfestellungen, damit sozial benachteiligte und individuell beeinträchtigte junge Menschen ihre Ausbildung erfolgreich abschließen können. Diesen Weg werden wir in den nächsten fünf Jahren fortsetzen, bis alle ausbildungs- und arbeitswilligen Jugendlichen in Ausbildung oder Arbeit gekommen sind.

Stärker als bisher müssen dabei die Dienstleistungen auch zur (Wieder-)Eingliederung von gering Qualifizierten, Langzeitarbeitslosen und anderen Benachteiligten beitragen. Die hier liegenden Beschäftigungspotenziale gilt es zu nutzen und sozial abzusichern. Auch einfache Arbeit muss sich wieder lohnen.

Wir wollen dazu beitragen neue Beschäftigungsfelder für gering Qualifizierte dort zu er-



schließen, wo sie einen wesentlichen Beitrag zur Steigerung der Beschäftigung und zur Sicherung von Einkommen aus regulärer Arbeit leisten können, zum Beispiel im Dienstleistungsbereich. Denn es bleibt unser Ziel, möglichst vielen Menschen ein ausreichendes Einkommen aus eigener Kraft zu ermöglichen und so Eigenverantwortung und Entfaltungsmöglichkeiten gleichermaßen zu stärken. Die Absenkung der Eingangssteuersätze und unsere Modellversuche im Bündnis für Arbeit sind wichtige Schritte auf diesem Weg. Wir werden die Bedingungen für mehr Beschäftigung in Dienstleistungspools verbessern.

Mit der Förderung neuer Ausbildungsgänge und Berufe, mit dem Ausbildungskonsens NRW und mit der Weiterbildungsinitiative NRW haben wir in den vergangenen Jahren die notwendigen Voraussetzungen für den Übergang in die Wissensgesellschaft geschaffen. Diesen Weg gehen wir, zusammen mit den Arbeitnehmerinnen und den Arbeitnehmern und den Unternehmern, konsequent weiter.

### 3. Investitionen in die Zukunft – Bildung und Qualifizierung in Schulen und Hochschulen, Ausbildung und Weiterbildung

Die Internationalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft, die weltweite Verfügbarkeit von Wissen und Kommunikationsmöglichkeiten und andere gravierende Veränderungen in unserer Gesellschaft stellen uns vor neue Herausforderungen.

Unseren Schulabgängern werden heute – und erst recht morgen – ganz neue Qualifikationen abverlangt, wie z.B. internationale Erfahrungen, Sprachkenntnisse, kulturelle Orientierung und Medienkompetenz. Diese Fähigkeiten werden ausschlaggebend sein, wenn es um die anspruchsvollen Arbeitsplätze in der Welt von morgen geht. Dabei gilt es, eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen durchzusetzen.

Eine fundierte Bildung und Ausbildung ist die Voraussetzung dafür, ein selbstbestimmtes Leben führen und in der Wissensgesellschaft gleichberechtigt an demokratischen Prozessen teilhaben zu können. Eine gute Ausbildung, das wird immer mehr der Schlüssel zu individueller Entfaltung und gesellschaftlichem Reichtum. Hier muss Chancengleichheit, hier muss soziale Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert ansetzen.

Die beste Bildung und Ausbildung – das ist die Schlüsselaufgabe in der Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts. Deshalb stellen wir auch in Zukunft allerhöchste Anforderungen an Bildung und Qualifizierung in Nordrhein-Westfalen. Die Qualifikation junger Menschen, die schulische und berufliche Ausbildung und die Weiterbildung für Jugendliche und Erwachsene, das sind absolut prioritäre Landesaufgaben. Bildung muss vom ersten Tag an so angelegt sein, dass sie Fähigkeiten für ein lebenslanges Lernen vermittelt.

Wir wollen, dass in unserem Land weiterhin möglichst viele junge Menschen auf unterschiedlichen Wegen die Hochschulreife erlangen können. Dazu gehören Gymnasium, die Gesamtschule, das Berufskolleg und die Schulen des Zweiten Bildungsweges. Auch in Zukunft stehen wir dazu: Wir geben allen Jugendlichen das notwendige Handwerkszeug mit auf den Weg, um sich auf dem Arbeitsmarkt zu behaupten – aber damit auch die Verpflichtung, etwas daraus zu machen. Wir fördern und fordern gleichermaßen.

Die Qualität unserer Schulen bleibt im Mittelpunkt der Bildungspolitik des Landes. Hier wird das Fundament für jede weitere Ausbildung gelegt. Leistungswillen, Motivation, Wertebewusstsein und Chancengleichheit werden wir in jeder Schulform fördern. Das geht nur gemeinsam mit den Betroffenen, den Eltern, den Schülerinnen und Schülern und den Leh-

rerinnen und Lehrern. Deshalb müssen vor allem das Dienstrecht und die Mitwirkungsrechte so weiterentwickelt werden, dass in den Schulen möglichst viel eigenverantwortlich entschieden werden kann. Wir wissen: Schule braucht Partner. Nur gemeinsam mit den Eltern ist eine ganzheitliche Bildung und Erziehung möglich.

Weil die Qualität der schulischen Ausbildung für uns höchste Priorität hat, haben wir 1999 und 2000 zusätzliche Unterrichtsmöglichkeiten in einem Umfang von über 3.300 Lehrerstellen geschaffen. Damit können unsere Schulen eine verlässliche Unterrichtsversorgung gewährleisten. Auch in den nächsten Jahren werden wir diese Anstrengungen fortsetzen, damit unsere Schulen auch in den kommenden Jahren bei noch wachsenden Schülerzahlen einen verlässlichen Unterricht garantieren können. Wir brauchen neue Arbeitszeitmodelle, die den Lehrerinnen und Lehrern und den Schulen mehr Spielraum geben und für größere Gerechtigkeit zwischen den Lehrerinnen und Lehrern sorgen.

Auf dieser Grundlage einer verlässlichen Unterrichtsversorgung werden wir bereits in der Vergangenheit begonnene Initiativen fortführen:

- Wo immer möglich, müssen Schulen und alle, die dort arbeiten, im Rahmen der staatlichen Zielvorgaben selbstständig handeln und entscheiden können und damit auch mehr Verantwortung für die Ergebnisse ihrer Arbeit übernehmen. Schon heute können Schulen dank der sogenannten schulscharfen Ausschreibungen neue Lehrerinnen und Lehrer, deren Leistung jede Anerkennung verdient, ganz überwiegend selbst aussuchen. In 50 Schulen aller Schulformen erproben wir, wie eine noch stärkere Selbständigkeit der Schulen in Personalangelegenheiten durch ein Personalkostenbudget konkret umzusetzen ist.
- Zu den erweiterten Handlungsspielräumen von Schule gehört auch die verstärkte Zusammenarbeit mit Ausbildungsbetrieben und den Kammern der Wirtschaft. Berufswahlorientierung soll bereits im Unterricht vermittelt werden. Es können auch Schnittstellen zwischen Schulen der Sekundarstufe II und Fachhochschulen bzw. Hochschulen aktiviert werden, um Übergänge zu erleichtern und Orientierungen zu ermöglichen.
- Hohe Qualität schulischer Bildung und Erziehung ist und bleibt für uns oberstes Gebot. Die Reform der Lehrerausbildung wird im Sinne einer stärkeren Professionalisierung, eines engeren Praxisbezugs der Ausbildung und eines breiteren Einsatzspektrums der ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrer fortgesetzt. Schule und Unterricht sollen stärker als bisher Gegenstand der wissenschaftlichen Arbeit, der Beobachtung und Reflexion sein. Im Zuge einer Öffnung der Lehrerausbildung und einer Modernisierung des Prüfungswesens wird eine stärkere Verknüpfung der wissenschaftlichen Lehrerausbildung mit den Diplom- und Magister-Studiengängen angestrebt.
- Kinder aus zugewanderten Familien müssen besonders gefördert werden, um die deutsche Sprache gut zu beherrschen. In den letzten Jahren werden vermehrt Kinder eingeschult, deren Sprachkenntnisse nicht ausreichend sind. Für sie werden wir sowohl vor der Einschulung als auch während der Grundschulzeit Förderprogramme ausbauen, damit spätestens am Ende der Grundschulzeit sprachliche Defizite beseitigt sind. Alle Kinder und Jugendlichen müssen die notwendigen Basis- und Schlüsselqualifikationen erwerben und einen Schulabschluss erreichen. Fördern und Fordern müssen dabei Hand in Hand gehen.
- Wir wollen bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode im Jahr 2005 schrittweise flexibel organisierte Ganztagsangebote flächendeckend aufbauen, wo dafür Bedarf besteht. Wir wissen, dass der Lebensalltag junger Familien deutlich mehr Ganztagsangebote für Kinder erfordert. Dazu brauchen wir die Kooperation der Kommunen, Jugendhilfe und anderer Partner vor Ort mit den Schulen. Auch viele Eltern sind bereit und in der Lage,



dazu einen eigenen Beitrag zu leisten. In den Grundschulen ist uns das mit dem Projekt „Schule von acht bis eins“ schon nahezu flächendeckend gelungen. Mit dem Projekt „13 plus“ haben wir den Startschuss für partnerschaftlich organisierte Betreuungsangebote über Mittag und am Nachmittag in den Hauptschulen, Realschulen, Sonderschulen und Gymnasien gesetzt. Bei den Ganztagsangeboten sind wir bundesweit Spitze, und diese Position wollen wir im Interesse der Schülerinnen und Schüler und ihrer Eltern Schritt für Schritt weiter ausbauen.

- Unser Auftrag „Fördern und Fordern“ gilt für alle jungen Menschen. In einem differenzierten System von Sonderschulen und Förderschulen erhalten unsere behinderten Kinder auch in Zukunft die bestmöglichen Entwicklungschancen. Möglichst vielen Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf soll die Teilnahme am Gemeinsamen Unterricht ermöglicht werden, wenn die Eltern dies wünschen. In der Sekundarstufe I wollen wir alternative Formen sonderpädagogischer Förderung entwickeln, um mehr Möglichkeiten gemeinsamen Lernens und Lebens zu schaffen.
- Wir wollen die Sprachkenntnisse erweitern. Lebensperspektiven und Lebensgefühl der Schülerinnen und Schüler sind bereits heute zunehmend europäisch und international. Wir wollen, dass alle Kinder bereits in der Grundschule Englisch lernen. Weitere Sprachen müssen in der Sekundarstufe I und II hinzukommen.
- Fragen der Wirtschaft und der Arbeitswelt werden auch für die Schule immer wichtiger. Der Arbeitsweltbezug des Unterrichts muss weiter gestärkt werden. Wirtschaft und Arbeit müssen in allen Schulformen intensiver Unterrichtsgegenstand sein.
- Wir wollen Medienkompetenz stärken. Denn Chancengleichheit in der Wissensgesellschaft heißt für uns: Kinder und Jugendliche zum offenen Umgang und zur kompetenten Bewertung und Anwendung der neuen Techniken zu erziehen, ihnen Medienkompetenz als Schlüsselqualifikation der Informationsgesellschaft zu vermitteln. Medienkompetenz gehört schon heute zu den Basisqualifikationen wie Rechnen, Schreiben und Lesen.
- Im Rahmen unseres bundesweit vorbildlichen „Netzwerkes Bildung“ werden wir die Ausstattung der Schulen mit internetfähigen PC in Kooperation mit den Gemeinden und der Wirtschaft beschleunigen.
- Spätestens bis 2001 wollen wir alle Schulen ans Netz gebracht haben und alle Klassen bis zur Mitte der nächsten Legislaturperiode. So schnell wie möglich werden wir auch alle 160.000 Lehrkräfte entsprechend für das Internet qualifizieren. Dazu ist eine enge Kooperation mit Unternehmen aus der Telekommunikationsbranche notwendig. Der Internetzugang und die Übernahme der Leitungskosten durch die Telekommunikationsunternehmen ist ein wichtiger Schritt. Jetzt erwarten wir von der PC-Industrie, ebenfalls in den Wettbewerb der guten Taten einzutreten und einen preisgünstigen Schullaptop anzubieten.
- Schülerinnen und Schüler wollen mobil sein. Wir unterstützen die Einführung und Weiterentwicklung des Schülertickets.
- Berufliche Ausbildung ist für die meisten Jugendlichen das wichtigste Sprungbrett ins Arbeitsleben. Deshalb bringen wir den Ausbildungsmarkt wieder in Ordnung. Unser Ausbildungsversprechen gilt: In unserem Land wird allen jungen Menschen, die ausbildungswillig und -fähig sind, ein Ausbildungsplatz angeboten. Damit schaffen wir die entscheidende Voraussetzung, um die Jugendarbeitslosigkeit in den nächsten fünf Jahren zu besiegen.

- In einer modernen Berufsausbildung müssen Berufsschule und Betriebe enger miteinander kooperieren. Heute sind jedoch die Leistungen in der Berufsschule für die Abschlussprüfungen der Auszubildenden ohne Bedeutung. Wir wollen die Berufsschulen aufwerten und mit den Sozialpartnern Einverständnis darüber suchen, dass die Leistungen in der Berufsschule Bestandteil der Abschlussprüfungen werden.
- Unsere neu geordneten Berufskollegs werden auch in Zukunft ihren Beitrag als Partner im dualen Ausbildungssystem leisten und darüber hinaus durch vollzeitschulische Bildungsangebote die regionale und lokale Entwicklung des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes unterstützen. Sie leisten so einen wichtigen Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Wirtschaft und vergrößern die Arbeitsmarktchancen der jungen Menschen. Dabei müssen sie auch einen Beitrag zur Umsetzung von Schlüsseltechnologien leisten. So werden wir z.B. verstärkt die Integration moderner Aspekte der Biotechnologie in den Unterricht naturwissenschaftlicher Laborberufe betreiben und fördern.
- Wir wollen die Weiterbildung quantitativ und qualitativ voranbringen und ernstmachen mit dem lebenslangen Lernen. Die Bedeutung der Weiterbildung und des lebens- und berufs begleitenden Lernens wird weiter wachsen, da das in Schule, Berufsausbildung und Studium erworbene Wissen immer schneller veraltet. Beim Informations- und Wissenstransfer kommt der Weiterbildung zukünftig eine entscheidende Rolle zu. Weiterbildung zielt auf den ganzen Menschen. Sie dient der persönlichen Orientierung und schließt die allgemeine, politische und kulturelle Bildung ebenso ein wie die berufliche Qualifizierung. Dabei kommt der Vermittlung von Schlüsselqualifikationen wie Sozial- und Fremdsprachenkompetenz und multimedialer Kultur- und Lerntechniken eine besondere Bedeutung zu, damit die Menschen sich aktiv an der Gestaltung von Gesellschaft, Politik und Wirtschaft beteiligen können. Ein modernes und leistungsfähiges Weiterbildungssystem ist in der Wissensgesellschaft Voraussetzung für Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit sowie ein wichtiger Standortfaktor für die erfolgreiche Gestaltung des Strukturwandels und die Innovationsfähigkeit unseres Landes. Wir wollen, dass Schulen, Hochschulen und Betriebe, Schulträger und Jugendhilfe, Kultur- und Weiterbildungseinrichtungen noch enger zusammenarbeiten, um allen Bürgerinnen und Bürgern ein breites, zuverlässiges Spektrum von Lernorten und Lernangeboten gewährleisten zu können. Wir werden in Zukunft noch stärker Akzente dort setzen, wo ein besonderer Qualifikationsbedarf und Fachkräftemangel absehbar sind. Allein durch Weiterbildung im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien finden bei uns schon heute pro Monat 1.000 Menschen neue Arbeit. Diese Erfolgsgeschichte wollen wir fortschreiben.
- Wir wollen in unserem Bildungssystem die Weichen in Richtung Europa stellen und einen „Ausbildungsmarkt Europa“ grenzüberschreitend verwirklichen. Wir wollen die Perspektive junger Menschen in der Ausbildungs- und Berufswahl konsequent auf europäische Entwicklungen und Maßstäbe richten und so ihre Chancen in einer zunehmend international geprägten Welt weiter verbessern. Das erfordert aber auch, verstärkt Bemühungen zu unternehmen, um ausländische Schülerinnen und Schüler besser zu integrieren.
- Wir wollen, dass die verschiedenen Bildungsträger auf kommunaler oder regionaler Ebene ihre vielfältigen Angebote aufeinander abstimmen. Kooperation zwischen Schulen, Hochschulen, Betrieben, Jugendhilfe- und Beratungseinrichtungen sollen sich als regionale Bildungslandschaft verstehen, damit Kindern und Jugendlichen optimale Bildungs- und Entwicklungschancen geboten werden.

- Die öffentliche Verantwortung für die Sicherung von Bildung und Ausbildung muss erhalten bleiben. Aber wir wissen, dass wir die großen Qualifizierungsanstrengungen auf Dauer nur noch in public-private-partnership und unter Einbeziehung privater Mittel leisten können. Auch hier setzen wir auf Verbesserungen im Stiftungsrecht und den Ausbau der erfolgreichen Kooperationen mit den Unternehmen im Lande. Wir wollen gemeinsam mit Unternehmen und Hochschulen Bildungsgänge in zukunftsorientierten Branchen weiter ausbauen.
- Schulen erfüllen nicht nur einen Bildungs-, sondern auch einen Erziehungsauftrag und vermitteln Wertebewusstsein, Toleranz und Solidarität. Eltern und Schüler brauchen Rückmeldungen von der Schule über die Entwicklung der Schlüsselqualifikationen und Sozialkompetenzen. Gewalt und Vandalismus werden wir konsequent bekämpfen. Das erfolgreich in mehreren Städten begonnene Projekt „Vertrauenspartnerschaft Schule, Polizei, Jugendhilfe“ werden wir auf andere Kommunen übertragen.

Die mit der Globalisierung einhergehende Beschleunigung der wissenschaftlich-technischen Entwicklung und die Herausbildung der Wissens- und Informationsgesellschaft verlangen, dass wir unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen fit halten für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.

Deshalb haben wir unseren Hochschulen einen Vertrag auf Gegenseitigkeit angeboten. Der „Qualitätspakt“ sichert nicht nur die den Hochschulen insgesamt zur Verfügung stehenden Mittel bis 2005, er erhöht sie auch und schafft Planungssicherheit für die nächsten Jahre. Er schafft eine sichere Grundlage für die notwendigen Strukturreformen und für mehr Wettbewerb.

Unsere Hochschulen sind dabei, eine Bestandsaufnahme ihrer Lehr- und Forschungsschwerpunkte vorzunehmen; sie erarbeiten Vorschläge zu ihrer strukturellen Erneuerung. Dabei geht es ihnen um die Entwicklung eines unverwechselbaren Profils, die Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit und eine bessere Nutzung ihrer Ressourcen.

Wir wollen, dass die Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen verbessert wird und die Hochschulen ihre Lehr- und Forschungsschwerpunkte aufeinander abstimmen. Dies stärkt die nordrhein-westfälische Hochschullandschaft und kommt der Entwicklung unseres Landes zugute.

Dieser Umgestaltungsprozess braucht die kritische Begleitung von außen. Wir haben deshalb einen international besetzten Expertenrat berufen, der die Strukturüberlegungen der Hochschulen bewertet und die standortübergreifenden Aspekte der Hochschulentwicklung zur Geltung bringen soll. Er wird Empfehlungen für eine zugleich ausgewogene und profilierte Hochschullandschaft machen.

Mit dem neuen Hochschulgesetz bekommen die Hochschulen auch die rechtlichen Grundlagen, damit sie ihre Zukunft in noch stärkerem Maße selbstverantwortlich gestalten können.

Das Land wird uneingeschränkt zu seiner Verantwortung für die Leistungsfähigkeit und die Finanzierung des öffentlichen Hochschulwesens stehen und auch private Initiativen mit neuen Impulsen fördern.

Wir geben unseren Hochschulen die Instrumente an die Hand, damit sie mehr Autonomie und mehr Eigenverantwortung wahrnehmen können, um im bundesweiten und internationalen Wettbewerb durch Profilbildung, flexible Entscheidungsstrukturen und neue Formen der Mitwirkung sowie effizienten Mitteleinsatz auch künftig eine Spitzenstellung einnehmen zu können. Wir wollen eine neue Balance von Autonomie, Handlungsfähigkeit und Partizipation.



Wir treten für eine Reform des Dienstrechts auf Bundesebene ein. Wir treten darüber hinaus für mehr Leistungskomponenten bei der Professoren-Besoldung, für eine raschere Qualifizierung und frühere Selbständigkeit des wissenschaftlichen Nachwuchses, für einen flexibleren Personalaustausch zwischen Wissenschaft und Wirtschaft und für eine deutliche Erhöhung des Anteils der Frauen in der Wissenschaft ein. Den Generationswechsel im wissenschaftlichen Lehrkörper wollen wir auch frauenpolitisch nutzen.

Wir wollen, dass unsere Hochschulen auch künftig Stätten der Aufklärung bleiben, in denen über den Sinn und über die Verantwortung der Wissenschaft für die menschliche Existenz in eine Gesellschaft mit sozialem Zusammenhalt kritisch nachgedacht wird.

Eher grundlagenorientierte Forschung hat an unseren Hochschulen genauso ihren Platz wie eher anwendungsorientierte Forschung. Wir werden darauf hinwirken, dass Forschungseinrichtungen außerhalb der Hochschulen und in unseren Hochschulen besser zusammenarbeiten; dies stärkt die Forschung in Nordrhein-Westfalen und eröffnet unseren Studierenden neue Möglichkeiten der Beteiligung an der Forschung. Wir werden unsere Programme zur Förderung der Patentierung von Forschungsergebnissen und zur Erleichterung von Ausgründungen aus Hochschulen weiter voranbringen.

Wir gehen davon aus, dass in unseren Hochschulen alles zur Sicherung eines qualitativ hochwertigen Studiums getan wird. Lehre und Studium sollen sich in stärkerem Maße als bisher auf Erwartungen der Gesellschaft beziehen und Anforderungen des Arbeitsmarktes berücksichtigen. Die Hochschulen sind gefordert, die künftigen Studienstrukturen flexibler an den Qualifikationsbedürfnissen der Studierenden auszurichten. Dazu gehört auch die Einführung von gestuften Studiengängen, wie sie für ein international ausgerichtetes Studium für in- und ausländische Studierende immer unausweichlicher werden. Mit (international ausgerichteten) Bachelor- und Masterstudiengängen sollen möglichst viele Studierende einen Teil ihres Studiums im Ausland absolvieren können.

Wir wollen unser Land in der internationalen Konkurrenz um die renommiertesten Professorinnen und Professoren, die erfolgsversprechendsten Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler und die besten Studierenden stärken. Die Förderung internationaler Kooperationen, den Austausch von Studierenden und Lehrenden sowie die Werbung für den Studienstandort NRW wollen wir ausbauen.

Mit dem Anschluss aller Hochschulen an das NRW-Wissenschaftsnetz und der weit vorangekommenen Campusvernetzung hat unser Land bei den Möglichkeiten zur Übertragung von Daten, Bildern und Sprache im Wissenschaftsbereich einen Vorsprung vor anderen Ländern. Wir wollen, dass Multimedia das Studieren erleichtert und die Lehre verbessert. Das Leitbild des lebenslangen Lernens wird in der Wissensgesellschaft zunehmend Wirklichkeit. Weiterbildung als Fortführung der akademischen Erstausbildung oder als Bestandteil des Innovations- und Wissenstransfers wird zu einer immer wichtigeren Aufgabe gerade auch für das große Potential unserer Hochschulen. Wir wollen unsere Hochschulen in die Lage versetzen, dass sie in diesem wichtigen Zukunftsmarkt der Bildung stärker als in der Vergangenheit eine entscheidende Rolle spielen.

Deutschland hat nicht zu viele Studierende, sondern zu wenig. Deshalb wollen wir alle Begabungsreserven erschließen und dazu auch die Ausbildungsförderung weiter verbessern. Wir begrüßen und unterstützen die beschlossene BAFöG-Anhebung als ersten Schritt für eine Reform der Ausbildungsförderung. Er trägt dazu bei, dass der Wunsch nach einem berufsqualifizierenden Studium nicht an finanziellen Grenzen scheitern muss. Deshalb haben wir die Gebührenfreiheit des Studiums in unserem Hochschulgesetz verankert.



Wir haben in zahlreichen Initiativen und auf allen Ebenen viel geleistet, um das Arbeitskräfteangebot auszubauen und zu qualifizieren – bei der Berufsausbildung im Rahmen des dualen Ausbildungssystems, bei der Ausbildung an unseren Fachhochschulen, Kunsthochschulen und Universitäten, aber auch bei der Weiterbildung durch öffentliche und private Bildungsträger.

Der Erfolg des Medienstandorts Nordrhein-Westfalen als Produktions- und Senderstandort, als Standort von Informations- und Kommunikationsindustrie hat den Arbeitsmarkt verändert. Qualifizierte Medienfachkräfte werden mehr denn je gesucht.

Neue Berufsfelder sind entstanden, der Mediengestalter Bild und Ton oder der AV-Medienkaufmann. Unter dem Dach des „Medienberufskollegs“ in Köln ist es uns erstmals in Deutschland gelungen, alle Medienberufe im Rahmen der dualen Berufsausbildung gemeinsam für die berufliche Tätigkeit zu schulen. An den Hochschulen des Landes stehen inzwischen 30 Studiengänge an 14 Standorten zur Verfügung, die gezielt auf eine berufliche Zukunft in der Medienbranche vorbereiten. In den 10 Jahren ihres Bestehens hat sich die Kunsthochschule für Medien in Köln einen exzellenten Ruf bei der Ausbildung künstlerischer Persönlichkeiten erworben.

Ausbildung und Weiterbildung heißt unser Konzept, mit dem wir zukunftsfähige Arbeitsplätze sichern und schaffen. Zusammen mit der Medienbranche entstanden so Weiterbildungseinrichtungen wie die Schreibschule Köln und die Filmschule NRW. Mit dem Qualifizierungszentrum Medien in Köln entsteht ein Weiterbildungsangebot, das zusätzliche Qualifikationen im Bereich der Produktions- und Sendetechnik vermitteln soll.

Qualifizierte Ausbildung ist ein Standortvorteil Nordrhein-Westfalens. Diesen Vorteil wollen wir ausbauen. Dazu gehört die Vernetzung der bisherigen Aktivitäten. Hinzu kommt die Internationale Filmschule NRW, die in einem grundständigen Studium hochqualifizierte Fachkräfte für die Film- und Fernsehindustrie heranbildet, Fachkräfte, die nicht nur neue Stoffe und Formate entwickeln und im Land produzieren, sondern auch vermarkten können.

## 4. Die tatsächliche Gleichstellung von Frau und Mann – Ziel unserer Politik

NRW hat in den letzten zwei Jahrzehnten frauenpolitisch große Schritte nach vorn getan und ist bundesweit oftmals vorangegangen: Sowohl mit dem Frauenförderungsgesetz für den öffentlichen Dienst als auch mit dem Aktionsprogramm „Frau und Beruf“ wurde bundesweit Neuland betreten, um Frauen die gleichberechtigte Teilhabe am Erwerbsleben zu ermöglichen. NRW hat mit großer Standfestigkeit die Quotierung für den öffentlichen Dienst vor Gericht verteidigt, die 1997 endlich vor dem Europäischen Gerichtshof höchstrichterlich bestätigt wurde.

Wir haben heute in NRW eine Infrastruktur für Frauen, die öffentliche und verdeckte Diskriminierung von Frauen aufdeckt, die Frauen unterstützt und fördert und sie motiviert, ihre Rechte in Anspruch zu nehmen: fast 400 kommunale Gleichstellungsbeauftragte, ein Netz von Frauenhäusern, Frauenberatungsstellen und Regionalstellen „Frau und Beruf“ und viele Fraueninitiativen und Projekte.

Gleichstellungspolitik ist Reformpolitik. Gleichstellungspolitik zielt auf eine Gesellschaft, die Frauen wie Männern ein Höchstmaß individueller Entfaltungsfreiheit bietet und die gleichermaßen „weibliche“ wie „männliche“ Lebensentwürfe in allen Lebensbereichen ermöglicht und zulässt. Gleichstellungspolitik ist für uns deshalb zwingend eine Querschnittsaufgabe, die bei allem staatlichen Handeln dazu verpflichtet, die Auswirkungen auf Frauen und Männer zu beachten. Nur so können einseitige Belastungen vermieden und gleiche

Teilhabe gesichert werden. Dieses Denken prägt die NRW-Frauenpolitik seit Jahren. Es bestätigt uns, dass dieser Ansatz als „gender mainstreaming“ mit dem Amsterdamer Vertrag 1999 auch vorrangiges Ziel europäischer Politik geworden ist. In NRW werden wir das neue Landesgleichstellungsgesetz konsequent umsetzen. Gleichstellungspolitik verlangt aber darüber hinaus auch in Zukunft konkrete Frauenprojekte, die zielgruppengerecht Benachteiligungen angehen und eine Infrastruktur, die Frauen Rat und Unterstützung bietet. Beide Handlungsebenen sind unverzichtbar und ergänzen einander.

Viele Veränderungen sind sichtbar: Frauen sind heute schulisch und beruflich hervorragend qualifiziert. Sie wollen berufliche Erfolge. Gerade die junge Frauengeneration kann sich ein Leben ohne Beruf nicht mehr vorstellen. Der „doppelte Lebensentwurf“ ist selbstverständlich: Beruf und Familie heißt das Leitbild und schließt berufliche Karriere mit ein.

Aber noch immer sind Chancen und Risiken auf dem Arbeitsmarkt ungleich verteilt. Mädchen haben es auf dem Ausbildungsstellenmarkt schwerer und ihre Berufschancen nach der Ausbildung sind schlechter. Frauen sind immer noch viel zu selten in Führungspositionen zu finden und verdienen im Durchschnitt über ein Viertel weniger. Das zeigt auch die jüngste Stellungnahme des Anti-Diskriminierungsausschusses der Vereinten Nationen. Deutschland wird von der UN aufgefordert, die immer noch andauernde Benachteiligung von Frauen insbesondere im Arbeitsleben zu beenden.

Deshalb ist Frauenförderung in Ausbildung und Beruf für uns auch in Zukunft die zentrale Aufgabe der Gleichstellungspolitik.

- Mit dem Aktionsprogramm „Frau und Beruf“ haben wir alle Wirtschafts- und Arbeitsmarktprogramme des Landes mit verbindlichen Regelungen ausgestattet, die die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an allen Fördermitteln gewährleisten.
- Die ersten Regionalstellen „Frau und Beruf“ wurden bereits 1988 eingerichtet. Heute arbeiten landesweit insgesamt 44 Regionalstellen an 49 Standorten in allen Regionen des Landes für die Berufsorientierung, Wiedereinstiegsmaßnahmen und Frauenförderung in Betrieben sowie Existenzgründungen von Frauen.
- Gründungsoffensive „GO“ – auch für Frauen. Das Land hat mit einem ganzen Maßnahmenbündel ein positives Klima für Existenzgründungen durch Frauen geschaffen und die Förderkonditionen so geändert, dass sie der Ausgangssituation von Gründerinnen besser gerecht werden.

Diese erfolgreiche Politik wollen wir fortsetzen und verstärken.

Neue Technologien und Beschäftigungschancen von Frauen

- Schule, Ausbildung und Weiterbildungseinrichtungen müssen mit dem IuK-technologischen Wissen verstärkt auch Mädchen und Frauen erreichen.
- Frauen müssen durch Aus- und Weiterbildung verstärkt dazu motiviert und qualifiziert werden, von der Rolle der Nutzerin in die Rolle der Entwicklerin zu wechseln.
- Auch bei den anderen Schlüsseltechnologien von morgen – der Mikrosystemtechnik, der Bio- und Gentechnologie, der Energietechnik und den neuen Werkstoffen – kommt es darauf an, Frauen frühzeitig den Weg in diese Arbeitsplätze der Zukunft zu öffnen. Die Entwicklung neuer Berufsfelder und Berufsbilder muss deshalb auch frauenpolitisch begleitet und gestaltet werden.



Frauenförderung ist Wirtschaftsförderung! Alle Personalressourcen – auch die der Frauen – zu nutzen, liegt im ureigensten Interesse eines Unternehmens. Und nichts ist so wertvoll für ein Unternehmen wie motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Darum sind gleiche Chancen von Frauen und Männern am Arbeitsplatz als Teil der Unternehmenskultur auch ein wichtiger Wettbewerbsfaktor.

Wir müssen deshalb den Dialog mit der Wirtschaft weiterführen und durch gezielte finanzielle Anreize und Auszeichnungen von „Best-Practice-Betrieben“ erfolgreiche Frauenförderung in Unternehmen unterstützen.

Familie und Beruf dürfen kein Gegensatz sein. Die klassische Regelarbeitszeit wird immer mehr zum Auslaufmodell. Fachleute sprechen auch von der „Feminisierung“ der Arbeit. Diesen Umbruch müssen wir nutzen, damit mehr familienfreundliche Arbeitszeiten angeboten werden, für Frauen und Männer.

Hier sind besonders die Tarifparteien gefordert. Im Bündnis für Arbeit können gemeinsame neue Wege erprobt werden.

- Wir wollen eine Teilzeittoffensive, die sich gezielt an Männer richtet. Die zeitweise Reduzierung der Arbeitszeit für Familienpflichten muss auch für Männer „normal“ werden. Wir fordern die Landesregierung auf, ihre Vorbild- und Vorreiterrolle bei dieser Teilzeittoffensive deutlich zu machen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass Eltern gleichzeitig einen Rechtsanspruch auf Teilzeit während des Erziehungsurlaubs haben. Nur so ist partnerschaftliche Erledigung von Erziehungs- und Hausarbeit möglich.

Wer sich dazu entscheidet, Familienaufgaben zu übernehmen, darf nicht den beruflichen Anschluss verlieren. Die Erfahrungen mit unserem Wiedereingliederungsprogramm NRW zeigen: durch gezielte Qualifizierungsmaßnahmen kann der berufliche Wiedereinstieg erfolgreich gestaltet werden. Dies gilt besonders, wenn sich die Qualifizierung auf Wissen im Bereich der Informationstechnologie bezieht. Wir wollen deshalb Maßnahmen für Berufsrückkehrer/innen bedarfsgerecht ausbauen.

#### Schutz und Hilfe vor Gewalt

NRW verfolgt bei der Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen und des sexuellen Missbrauchs ein umfassendes Konzept, das sich an folgenden Grundüberlegungen orientiert:

- ausreichender Schutz und wirksame Hilfe für die Opfer,
- Verbesserung der Prävention, um das Entstehen von Gewalt und weiteren Gewalttaten zu verhindern,
- Opferschutz im Verfahren,
- konsequente Bestrafung der Täter.

Das Gesamtkonzept ist konsequent fortzusetzen und die Landesförderung zu sichern und zu verstärken.

## 5. Den sozialen Zusammenhalt auf neuen Wegen sichern

Der Weg in die Wissensgesellschaft ist geprägt von ständigen und schnellen Veränderungen der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Mit ihnen ändern sich auch die Anforderungen an unsere Politik, die dem sozialen Zusammenhalt verpflichtet ist, und ebenso die Wege, die Erfolg versprechen.

Beständig bleiben die Werte unserer solidarischen Politik: Wir wollen, dass alle Menschen an den Möglichkeiten unserer Gesellschaft teilhaben können. Wir nehmen es nicht hin, dass Menschen ausgegrenzt oder dauerhaft benachteiligt werden. Und wir wollen, dass möglichst viele die Chance erhalten, ihre Lebensidee in einer solidarischen Gesellschaft zu verwirklichen. Chancengleichheit, unsere wichtigste Orientierung, heißt nicht, dass alle das Gleiche haben oder bekommen; aber wir wollen, dass möglichst alle Menschen gleich gute Startchancen haben. Wir wollen auch, dass diejenigen mit besonderen Fähigkeiten speziell gefördert werden, diejenigen mit Problemen und Schwächen gezielt unterstützt werden oder anderen eine zweite Chance gegeben wird.

Wir wissen: Der Rationalisierungsdruck in der Wirtschaft und in der öffentlichen Verwaltung wird anhalten. Deshalb müssen wir ihn als Chance zu einem Innovations- und Ideenwettbewerb für unsere Gesellschaft begreifen.

Wir wollen, dass das Land auch zukünftig dort verlässliche Unterstützung bietet, wo Menschen sich nicht selbst helfen können. Aber zugleich müssen wir stärker die Fähigkeit und die Bereitschaft der Menschen fördern, sich selbst zu helfen: Moderne Sozialpolitik muss aktivierende Sozialpolitik sein.

Um den sozialen Zusammenhalt in Zukunft zu erhalten, brauchen wir einen modernen „Wohlfahrtsmix„. Träger der freien Wohlfahrtsverbände, Vereine, Verbände oder Kirchen sind hier ebenso in der Verantwortung wie Unternehmen oder private Initiativen. Die soziale Gestaltung unseres Landes liegt im Interesse aller, sie ist aber auch eine Herausforderung für alle. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es notwendig, auch neue Formen der sozialen Gestaltung zu etablieren. Hier setzen wir auf das starke freiwillige bürgerschaftliche Engagement, auf neue Partnerschaften zwischen dem Staat und seinen Bürgerinnen und Bürgern, auf neue Kooperationsformen zwischen öffentlicher Hand und privaten Unternehmen. Unser Land, seine Bürgerinnen und Bürger besitzen erhebliche Potenziale und Kompetenzen, die wir für die Zukunft Nordrhein-Westfalens aktivieren wollen.

Gerade für soziale Dienstleistungen lassen sich innovative, kluge und passgenaue Lösungen nicht „von oben herab“ vorschreiben. Wir sind angewiesen auf Ideen, auf das Wissen und die Erfahrungen der Menschen vor Ort. Diesen Ideen werden wir mehr Raum geben und im wesentlichen nur dort Standards setzen, wo das Land die Verantwortung dafür trägt, dass die Menschen in allen Regionen unseres Landes die gleichen Chancen bekommen.

Wir werden unser hohes Engagement für die Familien in Nordrhein-Westfalen fortsetzen, weil wir wissen, dass nur starke Eltern Kinder zu verantwortlichen und engagierten Bürgern erziehen können. Die neue Bundesregierung hat mit unserer Unterstützung das Kindergeld stärker als je zuvor erhöht und damit die Familien gestärkt. Denn die Familie ist eine wichtige Grundlage für die Lebenschancen der Kinder, Jugendlichen und Älteren und führt die Generationen zusammen. Wir werden den Familien dort Unterstützung geben, wo sie sie für die Realisierung ihrer Lebensplanungen brauchen. Deshalb fördern wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, deshalb unterstützen wir die Fähigkeit der Familien, schwierige Situationen aus eigener Kraft zu überwinden und deshalb werden wir auch zukünftig ergänzen



zende Familienbildung, Familienberatung und Familienhilfe bieten. Diese Angebote wollen wir gemeinsam mit den Kommunen und den Wohlfahrtsverbänden zu einem „Sozialen Frühwarnsystem“ weiterentwickeln, das bereits der Entstehung von Notlagen entgegenwirkt. Das Landesprogramm „Gesundheit von Mutter und Kind“ soll ausgebaut und auf die aufsuchende Schwangeren- und Mütterhilfe, insbesondere in Brennpunkten mit sozialem Erneuerungsbedarf, konzentriert werden. Zugleich muss auch der Zusammenhang von sozialer Benachteiligung und gesundheitlicher Entwicklung berücksichtigt werden.

Wir wissen, dass der Lebensalltag junger Familien heute deutlich mehr Ganztagsangebote für Kinder erfordert. Eltern und Alleinerziehende sind zunehmend auf verlässliche Angebote für Kinder der verschiedenen Altersgruppen in ihrer Region angewiesen, die Bildung, Erziehung und Betreuung miteinander verbinden und ihre Kinder optimal fördern.

Deshalb werden wir auch in Zukunft ein verlässlicher Partner der Kommunen bei Betrieb und beim Ausbau von Kindertagesstätten bleiben und die Möglichkeiten für flexible, den Wünschen vor Ort angepasste Angebote erweitern. Wir wollen Betreuungsangebote für die unter 3-jährigen schaffen sowie mit einem breiten Angebot die verlässliche und qualifizierte Betreuung der 6- bis 14-jährigen sicherstellen. Dabei werden wir die Möglichkeiten der Umwandlung freierwerdender Kindergartenplätze nutzen und die Entwicklung neuer außerschulischer Betreuungsangebote in Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe unterstützen

Wir werden die Kinderrechte und den Kinderschutz stärker in den Mittelpunkt unserer Politik rücken, und insbesondere den Schutz der Kinder vor Gewalt und vor sexuellem Missbrauch verbessern.

Hohe Priorität hat für uns auch die verlässliche Förderung in der Jugendpolitik. Jugendliche, die sich frühzeitig sozial engagieren, sind offener, um soziale Verantwortung zu übernehmen und Ausgrenzungen entgegenzuwirken. Durch die Förderung von Freizeit-, Bildungs- und Kulturangeboten im Rahmen des Landesjugendplans unterstützen wir junge Menschen dabei, ihren eigenen Weg zu finden. Zur verlässlichen Förderung der freien Träger der Jugendhilfe gehört für uns auch eine verbindliche kommunale Jugendhilfeplanung. In Zusammenarbeit mit den Jugendverbänden werden wir durch gezielte Anreize und Motivierung Jugendliche für bürgerschaftliches Engagement gewinnen.

Wir treten auch künftig gegen jede Form von Diskriminierung ein. Niemand darf wegen Herkunft, Rasse, Geschlecht oder sexueller Orientierung Nachteile erleiden. Wir werden auch in Zukunft die Gleichstellung von Schwulen und Lesben fördern.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der die Generationen nicht nebeneinander, sondern miteinander leben. Gemeinsam mit den Kommunen unterstützen wir die Älteren darin, ihren dritten Lebensabschnitt beispielsweise durch bürgerschaftliches Engagement, andere nachberufliche Tätigkeiten oder die Aneignung neuen Wissens aktiv und zusammen mit Jüngeren zu gestalten. Mit der modellhaften Förderung neuer Wohnformen zeigen wir Wege auf, wie auch über familiäre Beziehungen hinaus Bindungen zwischen den Generationen entstehen können. Wir wollen, dass die Älteren ihren Platz in der Mitte unserer Gesellschaft behalten. Wir wollen, dass ältere Menschen so lange wie möglich selbständig und selbstbestimmt in gewohnter Umgebung leben können, dass sie umfassend an den gesellschaftlichen und politischen Möglichkeiten teilhaben und mitwirken und dass sie auf eine gute medizinische und pflegerische Versorgung vertrauen können. Die Seniorenpolitik des Landes ist dabei eine Querschnittsaufgabe, die sich zugleich als Partner der kommunalen Seniorenpolitik versteht.

Mit dem Landespflegegesetz haben wir eine hervorragende Voraussetzung für die Umsetzung der Pflegeversicherung in NRW geschaffen. Seit 1996 sind ambulante, teilstationäre und vollstationäre Pflegeeinrichtungen mit einem Gesamtvolumen von rund 3 Milliarden DM an Fördermitteln (Land und Kommunen) auf ein flächendeckend ausreichendes Maß ausgebaut worden. Jeden von uns kann das Schicksal der Pflegebedürftigkeit ereilen. Unser Ziel ist es, dass die Menschen auch bei einsetzender Pflegebedürftigkeit möglichst lange eigenständig ihr Leben gestalten und in ihrem gewohnten Wohnumfeld verbleiben können. Mit unserer Pflegepolitik unterstützen wir Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind und leisten somit einen konkreten Beitrag zur Ausgestaltung einer sozial gerechten Gesellschaft. Durch die Einführung der Pflegeversicherung und unsere Anstrengungen im Bereich der Pflegepolitik ist es uns zudem gelungen, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Der Dienstleistungssektor Pflege wird auch in den nächsten Jahren zu den Wachstumsbranchen mit Beschäftigungseffekten zählen. Das werden wir nutzen: im Interesse der Pflegebedürftigen und zur Schaffung von Arbeitsplätzen.

Mit dem Aktionsprogramm „Mit gleichen Chancen leben“ wollen wir Partei ergreifen für Menschen mit Behinderungen. Schwerpunkte unserer Politik sind die gemeinsamen Angebote bei Erziehung und Bildung, die Stärkung der ambulanten Versorgung und Betreuung behinderter Menschen, vermehrte Anstrengungen zur beruflichen Integration sowie die Erschließung neuer Technologien für die Behindertenhilfe. Wir wollen, dass Nordrhein-Westfalen Vorbild ist bei der umfassenden gesellschaftlichen Integration Behinderter, bei dem ganz selbstverständlichen Miteinander und Zusammenleben von Menschen mit und ohne Behinderung.

Der Schutz unserer Kinder und Jugendlichen, aber auch der Erwachsenen vor Drogen und anderen Suchtgefahren hat für uns herausragende Bedeutung. Allein im laufenden Jahr stellt das Land fast 39 Millionen DM zur Bekämpfung der Suchtgefahren zur Verfügung. Sucht kann sich in Abhängigkeit von Substanzen wie Alkohol, Medikamenten oder Heroin, aber auch in „neuen“, nicht stofflichen Suchtformen wie Ess-Störungen und Spielsucht ausdrücken. Suchtkranke können auch in Zukunft auf unsere verlässliche Hilfe zählen. Dabei hat die Hilfe zur Selbsthilfe einen hohen Stellenwert.

In der Bekämpfung der Sucht werden wir alle Wege gehen: Von der Aufklärung, der Prävention und Abstinenzorientierung, vor allem bei besonders gefährdeten Personengruppen, über die Therapie und möglichst konkrete Überlebenshilfe.

Und wer mit Drogen handelt, wird auch künftig die ganze Härte des Gesetzes und der Strafverfolgung zu spüren bekommen.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen eine vorbildliche soziale Infrastruktur und ein breit gefächertes Beratungssystem im sozialen Bereich aufgebaut. Diese Beratungsstruktur ist konkrete Hilfe zur Selbsthilfe. Wir wollen sie erhalten und weiterentwickeln, denn sie ist eine unverzichtbare Flankierung unserer großen sozialen Sicherungssysteme, die auch in Zukunft im Mittelpunkt unseres Sozialstaates stehen werden.

Dabei spielt das Gesundheitswesen eine zentrale Rolle – sowohl als Wirtschafts- und Wachstumsfaktor, als Arbeitgeber, aber vor allem als Garant einer hochstehenden medizinischen Versorgung, die wir für alle Bürger unabhängig von Einkommen, sozialer Stellung und Wohnort erhalten werden. Wir wollen alle Möglichkeiten ausschöpfen, um die Finanzierbarkeit und die Qualität der gesundheitlichen Versorgung zu erhalten und Wirtschaftlichkeitsreserven zu erschließen.

Der Gesundheitssektor hat eine hohe volkswirtschaftliche Bedeutung: Mehr als 800.000 Menschen arbeiten in Nordrhein-Westfalen im Gesundheitswesen. In der Gesundheitswirt-



schaft sind über 2.000 Unternehmen mit mehr als 500.000 Beschäftigten tätig. Das Gesundheitswesen ist ein bedeutender Innovationsfaktor in unserem Land – und es trägt entscheidend dazu bei, dass Jede und Jeder, der krank wird, sich auf eine hochwertige medizinische Versorgung verlassen kann. Auch in Zukunft.

Wir werden die Chancen, die das Gesundheitswesen für Nordrhein-Westfalen und seine Menschen bietet, konsequent nutzen. Mit der Landesgesundheitskonferenz, der Gesundheitsberichterstattung auf Landes- und kommunaler Ebene, der Bürgerorientierung im Gesundheitswesen, dem 1998 verabschiedeten Krankenhausgesetz und dem neugegründeten „Zentrum für Telematik im Gesundheitswesen“ haben wir zahlreiche Entwicklungen angestoßen, die bundesweit Vorbildcharakter haben. Für die Sicherung und Weiterentwicklung der hochwertigen Krankenhauslandschaft wendet das Land jährlich über 900 Millionen DM auf. Wir haben eines der modernsten und am besten ausgebauten Gesundheitswesen in der Bundesrepublik Deutschland. Daran werden wir konsequent weiter arbeiten.

## 6. Moderne, leistungsfähige Infrastruktur sichern

Eine moderne, hochleistungsfähige Infrastruktur ist ein Standortfaktor ersten Ranges und zugleich ein zentraler Aspekt der Lebensqualität einer Region. Leistungsfähige Verkehrssysteme und vitale, attraktive Städte sind auch in Zeiten der neuen Kommunikationstechnologie für die Kommunikation und das kulturelle Leben der Menschen von ausschlaggebender Bedeutung. Alle Möglichkeiten von Kommunikation und Mobilität auszuschöpfen und unsere Städte und ländlichen Räume lebenswert zu erhalten, ist eine Daueraufgabe der Landespolitik.

Gerade Kommunikation und Mobilität werden von den Menschen als unverzichtbares Merkmal von Freiheit erlebt. Freizügigkeit, individuelle Reisefreiheit, freier Austausch von Waren, Gütern und Diensten sind Wesenselemente unserer offenen Gesellschaft und für unsere Wirtschaftsordnung essentiell.

Deshalb ist es in den nächsten Jahren eine unserer wichtigsten Aufgaben, Mobilität effizient zu organisieren. Hierzu werden wir alle Möglichkeiten eines modernen Verkehrsmanagements nutzen und die Möglichkeiten der Verkehrsvermeidung und –verlagerung voll ausschöpfen. Dazu bedarf es vor allem einer besseren Vernetzung und Integration unserer Verkehrsinfrastruktur. Das ist ein Gebot individueller und gesellschaftlicher Mobilität, ein Gebot von Ökonomie und Ökologie.

Wir werden zugleich die vorhandene Verkehrsinfrastruktur erhalten und verbessern und dort, wo es sinnvoll und notwendig ist, neu- und ausbauen. Angesichts der engeren finanziellen Spielräume der öffentlichen Hand müssen neue Modelle der Finanzierung und Organisation entwickelt werden, bei denen privates Kapital eine wichtigere Rolle spielt. Wir setzen uns für eine bundesweite streckenbezogene Verkehrsabgabe für LKW ein, um zusätzliche Mittel für die Verkehrsinfrastruktur in Nordrhein-Westfalen zu mobilisieren. Wir wollen zudem eine Neuorientierung bei der Vergabe der Verkehrsinvestitionen des Bundes erreichen, die sich stärker an den realen Verkehrsbelastungen in den Regionen orientiert – denn Nordrhein-Westfalen ist die Transit- und Logistikregion Nummer 1 in Deutschland.

Trotz aller Bemühungen, Verkehr von der Straße auf die Bahn und das Schiff zu verlagern, wird auch künftig der größte Teil des Verkehrs auf unserem Straßennetz abgewickelt werden. Die Leistungsfähigkeit unseres Straßennetzes durch Neu- und Ausbaumaßnahmen zu erhalten, bleibt auch weiterhin eine zentrale Zukunftsaufgabe unserer Verkehrspolitik. Bei den Verhandlungen mit der Bundesregierung über die Investitionen ins „Anti-Stau-Programm“ haben wir klare Prioritäten gesetzt und 1,2 Mrd. DM allein für Straßenverkehrs-



infrastruktur für unser Land mobilisiert. Damit werden wir bis 2007 15 Engpässe auf unseren Autobahnen beseitigen.

Beim Neubau liegt unsere Priorität auf Ortsumgehungen, um Städte und Gemeinden von Durchgangsverkehr, Lärm und Abgasen zu entlasten. Bei den Verbesserungen des Autobahnnetzes konzentrieren wir uns auf den sechsstreifigen Ausbau des Ruhrgebietsdreiecks (BAB 1, 2 und 3), der Bundesautobahnen 2 und 4 als wichtigste West-Ost-Verbindung und die Verbesserung der Situation auf dem Kölner Autobahnring und im mittleren Ruhrgebiet. Nicht weniger sind einige Lückenschlüsse dringend erforderlich. Hierzu gehören insbesondere die A 30, die A 33 und die A 46 und die Umwidmung der B 1 in Dortmund zu A 40 (Aufstufung zur BAB).

Wir werden aber auch die Auslastung des vorhandenen Straßennetzes weiter verbessern, indem wir uns der neuen Möglichkeiten der Telematik und der Verkehrsnavigation bedienen.

Die Eisenbahnen müssen den Straßen- und Luftverkehr in Zukunft stärker entlasten. Die Optimierung der Schienenverkehrsverbindungen für den Personenverkehr und zu unseren wichtigsten Güterumschlagplätzen in Rotterdam, Amsterdam und Antwerpen, insbesondere durch die Betuwe-Linie und den „Eisernen Rhein“, ist für uns eine herausragende verkehrs- und europapolitische Aufgabe der nächsten Jahre. Wir werden auch die Bahnverbindungen in der Fläche weiter verbessern. Die Kooperation zwischen Schiene und Flugzeug wollen wir enger machen und insbesondere die Flughäfen Köln-Bonn, Düsseldorf und Münster/Osnabrück an die Netze des Schienenverkehrs anschließen. Den Ausbau des Hochgeschwindigkeitsnetzes und seine Integration in das System der transeuropäischen Netze treiben wir mit Hochdruck voran, auch um den Luftverkehr zu entlasten.

Von der Magnetschwebetechnik, die wir in Nordrhein-Westfalen als Metrorapid einsetzen wollen, erwarten wir einen nachhaltigen Technologieschub. Der Metrorapid könnte als leistungsfähiges Regionalverkehrsmittel unsere Großstädte schnell, umweltschonend und lärmärmer als vergleichbare Schienenfahrzeuge miteinander verbinden. Wir werden konkrete Einsatz- und Streckenmöglichkeiten im Rahmen von Machbarkeitsstudien so schnell wie möglich prüfen und bewerten.

Ein hochleistungsfähiger Luftverkehr ist und bleibt unverzichtbar für Nordrhein-Westfalen. Das Anfang der 90er Jahre entwickelte Luftverkehrskonzept werden wir den Anforderungen des neuen Jahrhunderts mit einem weiterhin dynamischen Wachstums des Luftverkehrs und der damit verbundenen Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte anpassen und konsequent fortschreiben – wobei wir weiterhin eine sorgfältige Abwägung zwischen dem Lärmschutz und den ökologischen Interessen unseres Landes und seiner Menschen mit den verkehrswirtschaftlichen Erfordernissen gewährleisten.

Vorrangig sind Steigerungen der Kapazitäten und der Leistungsfähigkeit des Flughafens Düsseldorf sowie der Passagier- und Frachtabfertigungsanlagen auf dem Flughafen Köln/Bonn. Diese müssen so gestaltet werden, dass optimaler Lärmschutz für die Anlieger garantiert wird. Unseren dritten internationalen Flughafen in Münster/Osnabrück wollen wir auch für den Interkontinentalflugverkehr ausbauen und direkt an das Autobahn- und Schienennetz anschließen. Darüber hinaus wollen wir die Regionalflughäfen Dortmund und Paderborn/Lippstadt bedarfsgerecht und sozialverträglich weiterentwickeln, damit diese den künftigen Anforderungen im Luftverkehr gerecht werden können. Die Konversion des ehemaligen Militärflughafens Weeze-Laarbruch zu einem „Euregionalen Zentrum für Luftverkehr, Logistik und Gewerbe“ wird in Partnerschaft mit den Niederlanden fortgesetzt.



Wir wollen, dass im kombinierten Verkehr auch die Binnenschifffahrt einen größeren Anteil an der gemeinsamen Transportkette mit Schiene und Straße übernimmt.

Eine der wichtigsten Handlungsschwerpunkte in der Verkehrspolitik des Landes bleibt die Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs. Das Land stellt dafür jährlich den hohen Betrag von 3,3 Milliarden DM zur Verfügung. Wir werden die Akzeptanz und Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs weiter verbessern, indem wir in die Vernetzung, die Sicherheit, die Sauberkeit und den Service investieren und den ÖPNV zuverlässiger machen. Diese Ziele wollen wir durch moderne Fahrzeuge, erhöhte personelle Präsenz im Nahverkehr, bauliche Modernisierungen im Bahnhofsbereich, neue Servicekonzepte und mehr Sicherheit im Bereich von Haltestellen und Bahnhöfen erreichen. So wird unser ÖPNV zum sichersten Nahverkehr in den Ballungsräumen Deutschlands. Wir wollen den ÖPNV aber auch wettbewerbsfähiger machen. Dazu werden wir eine neue Organisationsstruktur in den Verkehrsverbänden verwirklichen.

Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur, das ist auch die Lebensader für vitale, attraktive Städte und einen intakten ländlichen Raum in Nordrhein-Westfalen. Kommunikation und Impulse aus dem Austausch miteinander sind zugleich die Grundlagen einer solidarischen Gemeinschaft im Land und vor Ort. Deshalb gehören die soziale und die innovative Stadt für uns zusammen.

Was wir in Nordrhein-Westfalen entwickelt, erfunden und erprobt haben, findet überall in Europa Nachahmung. Die 120 Projekte der Internationalen Bauausstellung Emscher Park haben in den letzten zehn Jahren Maßstäbe für Urbanität, für Partizipation, für Gestaltung der Umwelt, für nachhaltige Entwicklung, für Lebensqualität und kulturelle Vielfalt in den Regionen gesetzt. Diese Erfahrung werden wir nutzen, um den Strukturwandel im Ruhrgebiet und darüber hinaus auch in Zukunft voran zu bringen und zugleich sozialverträglich zu gestalten.

Mit der Projekt Ruhr GmbH bündeln wir unsere Kräfte für die Modernisierung des Ruhrgebietes auf den wichtigsten Feldern von Wirtschaft, Verkehr und Logistik, von Bildung, Hochschule und Wissenschaft und von Kultur, Tourismus und Stadtentwicklung. Wir brauchen die lebendige Innenstadt. Wir werden Handel und kulturelles Leben in den Citys und den Nebenzentren stärken. Wir werden unsere Städte und Gemeinden unterstützen, Wohnen in der Innenstadt zu fördern, und die öffentlichen Räume, Bahnhöfe und Plätze attraktiver zu machen. Wir setzen auf ein integriertes Handlungskonzept, das in enger Zusammenarbeit mit der privaten Wirtschaft und den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt erarbeitet und auf breiter Basis getragen wird. Die erfolgreichen Aktivitäten unseres Stadtmarketings bestätigen uns darin, den eingeschlagenen Weg auch in den nächsten Jahren fortzuführen. Dazu gehört insbesondere auch die kulturelle Profilierung unserer Städte und Gemeinden.

Wir wollen den Vorsprung im Flächenmanagement ausbauen, den wir uns in den letzten Jahren erarbeitet haben. Mit dem Grundstücksfonds, mit der Städtebau- und der regionalen Wirtschaftsförderung werden wir neue Nutzungen in alte Gebäude und auf Brachflächen bringen und so neue Arbeitsplätze und Standorte schaffen.

Unsere besondere Aufmerksamkeit wird auch künftig den sozial schwierigen Stadtteilen gelten. Denn Lebenschancen und Lebensqualität dürfen nicht davon abhängig werden, wo ein Mädchen oder ein Junge aufwächst, wo sie zur Schule gehen, wo sie ihre Nachbarschaft haben oder wo sie arbeiten. Wir wollen die solidarische Stadt. Das von uns 1993 aufgelegte Programm für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf werden wir fortführen und erweitern. Unsere Erfahrungen zeigen, dass es dabei nicht nur auf Investitionen ankommt, sondern auch auf die Beratung der Bürgerinnen und Bürger, die Öffentlichkeitsarbeit sowie auf bürgernahe Formen der Stadtplanung, des Stadtmanagements und der Stadtteilarbeit.

Unsere erfolgreiche Wohnungspolitik hat besonders dazu beigetragen, dass sich der Wohnungsmarkt – vor allem im ländlichen Raum – weitgehend ausgeglichen hat. Die Sicherung des sozialen Versorgungsauftrages für einkommensschwächere und benachteiligte Haushalte erfordert auch künftig eine aktive Wohnungsbauförderung auf hohem Niveau.

Stadtentwicklungspolitik, Wohnungs- und Sozialpolitik verfolgen wir in einem integrierten Ansatz, der nicht an den Grenzen der Städte und Gemeinden halt macht.

Denn wir wissen, dass die Funktionsfähigkeit unserer Städte untrennbar mit dem ländlichen Raum verbunden ist. Die Zukunft der Stadt ist die Region. Unser Land lebt von der Lebendigkeit und der Vielfältigkeit seiner Regionen.

Wir werden deshalb die regionale Zusammenarbeit von Städten und Gemeinden fördern und sie darin unterstützen, ihre kulturelle Identität zu stärken. Dafür haben wir die „REGIONALE Kultur- und Naturräume in NRW“ geschaffen. Wir wollen einen Wettbewerb der Regionen um innovative Zukunftsmodelle anregen.

Bei Standortentscheidungen moderner Unternehmen spielt die Attraktivität des Umfeldes eine immer wichtigere Rolle. Das betrifft nicht nur die Infrastruktur, sondern schließt auch eine intakte Umwelt ein. Für moderne Dienstleister aus der Medien- und Kommunikationsbranche sind die ländlichen Räume in Nordrhein-Westfalen hochattraktive Standorte. Deshalb brauchen wir eine neue Qualität bei der Sicherung unserer landschaftlichen und landwirtschaftlichen Lebensgrundlagen.

Unsere Land-, Forst und Ernährungswirtschaft in Nordrhein-Westfalen ist leistungsstark; aber die Unternehmen stehen nach den Entscheidungen zur Agenda 2000 in einem harten europäischen und internationalen Wettbewerb. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass vergleichbare Wettbewerbsbedingungen geschaffen werden und vor allem die Besteuerung von Energieerzeugnissen in der Europäischen Union schnellstmöglich harmonisiert wird. Solange diese Harmonisierung nicht erfolgt ist, befürworten wir die steuerliche Entlastung von Agrardiesel.

Wir werden unsere Möglichkeiten ausschöpfen, den Strukturwandel in der Landwirtschaft sozialverträglich zu gestalten. Dazu gehört auch, die bestehenden Möglichkeiten zur Wiedereinführung einer Vorruhestandsregelung für die Landwirtschaft zu unterstützen.

Die nordrhein-westfälische Land- und Ernährungswirtschaft muss noch stärker als bisher die Nähe zum größten europäischen Verbrauchermarkt als Standortvorteil nutzen, und zwar durch umweltgerechte Erzeugung in einer vielfältigen Landschaft und eine durchgehende Qualitätssicherung mit gesicherter Herkunft, die von der Erzeugung bis zur Ladentheke reicht.

Wir treten für hohe Standards des Umwelt-, Verbraucher- und Tierschutzes ein; ihre Einhaltung sichern wir durch eine leistungsfähige Lebensmittel- und Veterinärüberwachung.

Wir wissen, dass es zur Erhaltung und Verbesserung der Vitalität unserer ländlichen Regionen neben einer marktorientierten Landwirtschaft, die nicht von staatlichen Zahlungen abhängig sein darf, einer vitalen Mischung aus Handwerk, Gewerbe und Dienstleistungsunternehmen bedarf.

Die Nutzung des Potenzials in den ländlichen Regionen halten wir für erfolgreicher als die finanzielle Aufstockung lange existierender Förderungsprogramme. Die von Nordrhein-Westfalen durchgesetzte Förderung der Vermarktung regionaler Erzeugnisse stärkt z.B. sowohl die Landwirtschaft als auch die mit Verarbeitung und Vermarktung befassten Unternehmen in den ländlichen Regionen. Diesen Weg gehen wir weiter.



Dazu gehört auch, die ökologische und ästhetische Qualität der heimischen Kulturlandschaft zu verbessern. Wir werden neue Wege der Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft und Naturschutz gehen, die sowohl der Erhaltung und Verbesserung der biologischen Vielfalt als auch der Erschließung neuer Einkommensquellen dienen.

Dabei spielt bei der Bewältigung des Strukturwandels in der Landwirtschaft die Dorferneuerung eine zentrale Rolle. Hier können wir auf erfolgreiche Modellprojekte aufbauen. Wir wollen die erfolgreichen Förderprogramme zur Dorferneuerung weiterentwickeln und die Fördermöglichkeiten zielgerecht erweitern.

Das Land Nordrhein-Westfalen wird besonders nachhaltig durch seine Baudenkmäler und dabei in hohem Maße durch seine denkmalgeschützten Kirchen geprägt. Sie sind Zeugen der langen und wechselvollen Geschichte des Landes in seiner abendländischen Tradition. Darüber hinaus dokumentieren insbesondere in den Ballungsräumen die zahlreichen Kirchen des 19. Jahrhunderts, die derzeit fast alle akut restaurierungsbedürftig sind und deshalb besondere Aufmerksamkeit erhalten müssen, die Stadtentwicklung und die Alltagskultur der Menschen.

## 7. Zukunftssichere Finanzen

Wir unterstützen die Bundesregierung in ihren konsequenten und mutigen Anstrengungen, den Bundeshaushalt zu sanieren und damit die Voraussetzungen für Wachstum und Beschäftigung zu verbessern. Das ist die wichtigste Voraussetzung für eine nachhaltige Finanzwirtschaft auch auf Länderebene.

Zukunftssichere Landesfinanzen sind die Voraussetzung dafür, dass auch künftige Generationen politisch noch handlungsfähig sind. Eine nachhaltige Finanzwirtschaft, das ist praktizierte Verantwortung und Verpflichtung gegenüber unseren Kindern und Enkeln. Das heißt: Die Belastung der kommenden Generationen durch Zinszahlungen darf nicht weiter steigen. Und zum anderen müssen politische Handlungsspielräume gesichert und geöffnet werden, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und in die Zukunft zu investieren.

Eine nachhaltige Finanzpolitik erfordert aber auch, finanzpolitische Konsolidierung und die notwendigen Zukunftsinvestitionen miteinander zu verbinden. Deshalb werden wir die Neuverschuldung mittelfristig zurückführen. Vor diesem Hintergrund sind die in diesem Regierungsprogramm genannten Maßnahmen, die an die Grundsätze einer soliden Haushaltswirtschaft gebunden sind, realistisch.

Wir werden die Konsolidierung des Landeshaushalts fortführen und öffentliche Mittel auch in Zukunft so zielgenau und wirkungsvoll wie möglich einsetzen. Neben dem Abbau der Schuldenlast zur Entlastung künftiger Generationen ist die Vorsorge die wichtigste Aufgabe unserer Landesfinanzpolitik. Deshalb bilden auch in Zukunft die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Verbesserung der Bildungschancen und der Mobilität, die Innere Sicherheit und die Leistungsfähigkeit der Kommunen die wichtigsten Schwerpunkte der Landeshaushaltspolitik.

Wir wollen aber auch die Einnahmen der staatlichen Haushalte verbessern. Mit dem Zukunftsprogramm der Bundesregierung und den weiteren Maßnahmen zum Erhalt der Leistungsfähigkeit der öffentlichen Haushalte haben wir alle Chancen, dieses Ziel bei größerer wirtschaftlicher Dynamik, bei größerer Steuergerechtigkeit und bei Entlastung sowohl kleiner und mittlerer Einkommen als auch kleiner und mittlerer Unternehmen zu erreichen. Diesen Prozess hat die Regierung Gerhard Schröders mit unserer vollen Unterstützung eingeleitet.

Weiteren finanzpolitischen Freiraum werden wir durch eine wirtschaftliche Verwaltung und den zielgerichteten Einsatz des Liegenschaftsvermögens des Landes erzielen. Den Grundstein für dieses Immobilienmanagement haben wir bereits gelegt.

In Nordrhein-Westfalen wird der größte Teil – mehr als ein Viertel – des gesamten Steueraufkommens in Deutschland erwirtschaftet. Von diesen 231 Mrd. DM verbleiben aber nur 40% im Land. Mehr als 60% gibt Nordrhein-Westfalen an den Bund und an andere Länder im Rahmen der bundesstaatlichen Steuerverteilung ab. Allein im Zeitraum von 1995 bis 1998 haben wir insgesamt 35 Mrd. DM in den Länderfinanzausgleich und den Fond „Deutsche Einheit“ eingezahlt. Wir stehen zu unserer Verantwortung für die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Aber wir wollen mittel- und langfristig auch die finanzielle Belastung unseres Landes verringern. Deshalb beteiligen wir uns aktiv an der wichtigen Reformdiskussion über den Länderfinanzausgleich zwischen Bund und Ländern und unter den Ländern.

Schließlich werden wir mehr Möglichkeiten öffnen, um privates Kapital durch Anreize und auf freiwilliger Grundlage stärker als bisher für die Erfüllung öffentlicher Infrastrukturaufgaben verfügbar zu machen. Die entsprechenden Überlegungen der Bundesregierung für eine Reform des Stiftungsrechts unterstützen wir. Sie werden dazu beitragen, größeres gesellschaftliches Engagement bei der Lösung der Zukunftsaufgaben anzustoßen – bei der Schaffung optimaler Bildungschancen wie bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

## 8. Sicheres und bürgernahes Nordrhein-Westfalen

Das friedliche Zusammenleben ist die wichtigste Voraussetzung für eine gedeihliche Entwicklung unseres Gemeinwesens. Dafür brauchen wir den Konsens über demokratische Grundwerte und wir brauchen Demokraten, die für diesen Konsens streiten. Dafür brauchen wir aber auch einen handlungsfähigen starken Staat, starke Kommunen, eine gute Infrastruktur, eine leistungsfähige Verwaltung und eine effiziente Justiz.

Wir haben unser Land in den vergangenen Jahren noch sicherer gemacht.

Seit 1996 sinkt die Kriminalität in NRW Jahr für Jahr, zuletzt im ersten Halbjahr 1999 um 3,3%. Gleichzeitig ist die Aufklärungsquote auf einen noch nie erreichten Höchststand gestiegen.

Aufgrund der erfolgreichen Arbeit im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung durch polizeiliche Prävention und Aufklärung und durch die wirksame und schnelle Sanktion durch die Justiz ist es uns gelungen, unseren Bürgerinnen und Bürgern ein hohes Maß an Sicherheit zu geben.

Die sechs sichersten Großstädte in Deutschland mit mehr als 200.000 Einwohnern liegen in NRW. Von den bundesweit zehn sichersten Städten liegen acht in NRW und von den zwanzig sichersten Städten liegen zwölf in NRW.

Unser Erfolgskonzept im Bereich der Inneren Sicherheit beruht auf drei Säulen:

- Vorbeugung ist die wirksamste Form der Kriminalitätsbekämpfung. Deshalb haben wir seit Beginn der 90er Jahre die Präventionsarbeit nachhaltig ausgebaut.
- Wenn Straftaten begangen werden, dann werden die Täter konsequent verfolgt. Es soll niemand davon ausgehen können, er könne ungestraft Gesetze brechen.



- Aber auch die Opfer von Straftaten haben wir im Blick. Denn die Menschen, denen Unrecht geschehen ist, haben Anspruch auf unseren Schutz und unsere Hilfe.

Daneben setzen Polizei und Justiz weitere Schwerpunkte bei besonders sozialschädlichen Formen der Kriminalität wie der Wirtschafts- und Umweltkriminalität, der Korruption und dem organisierten Verbrechen. Da illegales Gewinnstreben für diese Formen der Kriminalität eine besondere Rolle spielt, treten wir dafür ein, dass Geldwäsche konsequent verfolgt und die rechtlichen Möglichkeiten der Gewinnabschöpfung verbessert werden.

Kriminalität dulden wir nicht. Besonders wichtig ist uns die weitere Zurückführung der Gewaltkriminalität. Wer gegen unsere Gesetze verstößt, wird schnell und konsequent zur Rechenschaft gezogen.

Auch im Bereich der Rauschgiftkriminalität werden die polizeilichen Bekämpfungsmaßnahmen weiter intensiviert. In den Großstädten wurden offene Drogenszenen zurückgedrängt. Polizei, Ordnungs- und Gesundheitsbehörden sowie Hilfeinrichtungen freier Träger sollen auch in Zukunft eng zusammenarbeiten. Wir unterstützen die Einrichtung von drogentherapeutischen Ambulanzen. Hilfe für Schwerstabhängige und gleichzeitige konsequente Bekämpfung der Drogenlieferanten sind gleichermaßen wichtig.

In der Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität setzen wir einen besonderen Schwerpunkt unserer Arbeit. Besonders hier gilt: Vorbeugen ist besser als Strafen. Jugendkriminalität hat ihre Ursache häufig in einem kritischen kulturellen und sozialen Umfeld. Häufig wird sie durch berufliche Perspektivlosigkeit begünstigt. Wir brauchen daher nicht nur die Polizei vor Ort, sondern auch Jugend- und Sozialhilfeeinrichtungen und vor allem eine ausreichende Zahl von Ausbildungsplätzen. Mit Hilfe dieser integrativen Sicherheitspolitik können wir längerfristig die Jugendkriminalität erfolgreich bekämpfen.

Die Sicherheit im öffentlichen Raum hat für uns allerhöchsten Rang. Auf unseren Straßen und Plätzen soll sich jeder sicher fühlen. Deshalb sind wir auch für neue Möglichkeiten offen. An besonders unübersichtlichen und dunklen Stellen wollen wir Pilotprojekte mit Videoschutz einführen. Zum Schutz unserer Kinder werden wir unsere Anstrengungen verstärken, dass in den Schulen friedlich und frei von jeder Form von Gewalt gelernt werden kann. Ein besonderer, von uns bereits angepackter Bereich ist die Verbesserung der Sicherheit in Bahnen und Bussen.

Unser erfolgreiches Konzept von Ordnungspartnerschaften werden wir weiter verfolgen. Seit 1998 haben wir 640 Ordnungspartnerschaften ins Leben gerufen. Durch Zusammenarbeit aller Verantwortungsträger vor Ort kann ganz gezielt und konkret gegen bestimmte Kriminalitätsbereiche vorgegangen werden.

Wir sind gegen die Entkriminalisierung von sogenannten Bagatelldelikten. Nur wo man ohne Belästigungen, verschmierte Busse und Bahnen oder aggressives Ansprechen einkaufen oder spazieren gehen kann, fühlt man sich wohl. Wir wissen, dass es bei uns immer noch viele Menschen gibt, die sich nicht sicher fühlen. Deshalb wollen wir auch die Präsenz der Polizei vor Ort noch weiter erhöhen. Das geht nicht immer nur durch zusätzliches Personal, sondern auch durch eine weitere Modernisierung der Verwaltung, damit mehr Raum bleibt für offene, für die Bürger sichtbare Präsenz im Alltag. Selbsternannte „schwarze Sheriffs“ wollen wir nicht. Wir setzen vielmehr auf eine Kooperation mit den privaten Sicherheitsdiensten. Allerdings fordern wir hier klare gesetzliche Regelungen über deren Ausbildung, Kompetenzen und Befugnisse.

NRW hat eine moderne und leistungsstarke Polizei. Auch auf schwierigste Einsatzlagen ist unsere Polizei bestens vorbereitet. 53.000 Polizeibedienstete – das sind mehr als je zuvor –

sorgen für die Sicherheit in unserem Land. Das sind 4.400 mehr als 1990. Über 2.000 Bezirksbeamte sind täglich auf unseren Straßen unterwegs und stehen als Ansprechpartner für die Sorgen und Nöte der Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung.

Unsere Polizei ist hervorragend ausgestattet. Für Führungs- und Einsatzmittel wurden in den letzten fünf Jahren rund 530 Millionen DM investiert, davon über 300 Millionen DM für die Ausstattung mit modernster Informations- und Kommunikationstechnik. Landesweit sind bereits 22.000 Arbeitsplätze bei der Polizei mit modernsten Computern ausgestattet. Mit 111,7 Millionen DM wird die Modernisierung im Jahr 2000 fortgesetzt. Der Fuhrpark der Polizei ist mit annähernd 10.000 Dienstkraftfahrzeugen so groß und leistungsfähig wie nie zuvor.

Wir setzen nicht nur auf Effizienz und Effektivität, sondern auch auf Bürgerzufriedenheit und Kundenorientierung. Dieses geht nach Überzeugung der Sozialdemokratie nur in Verbindung mit einer hohen Berufszufriedenheit der Beschäftigten. Zufriedene Bürgerinnen und Bürger auf der einen und Beschäftigte auf der anderen Seite, das sind zwei Seiten einer Medaille. Wir wollen Effizienz und Effektivität über eine Kosten-/Leistungsrechnung transparent machen; genauso wollen wir aber auch die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger und Beschäftigten zeitnah und periodisch wiederkehrend durch vergleichbare Befragungen erfahrbar machen.

Wir brauchen auch in Zukunft eine gut ausgerüstete und motivierte Polizei. Schon heute sind 78% der Polizeibeamtinnen und -beamten im gehobenen Dienst. Damit ist Nordrhein-Westfalen Spitzenreiter in Deutschland. Wir wollen in den nächsten fünf Jahren die zweigeteilte Laufbahn für alle einführen.

Ebenso ist ein funktionierende Justiz als Garant für den Rechtsfrieden in der Gesellschaft unverzichtbar. Wir in Nordrhein-Westfalen legen daher auch in Zukunft besonderen Wert auf die Fortentwicklung einer modernen und bürgernahen Justiz. Die Landesregierung hat 1996 die informationstechnische Vollaussstattung der ordentlichen Gerichtsbarkeit, der Staatsanwaltschaften und der Aus- und Fortbildungseinrichtungen der nordrhein-westfälischen Justiz beschlossen. Dieses bis zum Jahre 2003 befristete Programm „Justiz 2003“ hat unter Einbeziehung aller Maßnahmen ein Ausgabevolumen von insgesamt rund 480 Millionen DM und befindet sich in der zeitgerechten Umsetzung. Schon heute verfügen 66 % aller Justizangehörigen über einen PC am Arbeitsplatz. Die Modernisierung macht bei der technischen Ausstattung aber nicht halt. Auch die organisatorischen Abläufe werden ständig verbessert, beispielsweise durch die Einrichtung von Service-Einheiten und die Vollautomation des Mahnverfahrens – im Interesse einer zügigen, kostengünstigen und zuverlässigen Bearbeitung. Die Justiz in Nordrhein-Westfalen versteht sich eben nicht nur als Garantin für mehr Rechtsstaatlichkeit, sondern auch als moderne Dienstleisterin aller Bürgerinnen und Bürger.

In NRW werden Kriminalitätsoffer in ihrer Not nicht allein gelassen. Darum wollen wir den Schutz und die Hilfen für die Opfer von Straftaten verbessern. Deshalb haben wir in allen Polizeidienststellen Opferschutzbeauftragte eingeführt. Das ist einmalig in Deutschland. Darüber hinaus verbessern Polizei und Justiz die Möglichkeiten der Vernehmung von Opferzeugen, zum Beispiel durch Videoeinsatz und die Einrichtung von Kindervernehmungszimmern. Mit 2,4 Millionen DM jährlich wird der Täter-Opfer-Ausgleich durch freie Träger gefördert. Diese Anstrengungen wollen wir in Zukunft noch verstärken.

Die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen erwarten zu Recht, dass wir auch in Zukunft für einen modernen und humanen Strafvollzug stehen und Straftäter, die zu einer Freiheitsstrafe verurteilt sind, sicher in den Justizvollzugsanstalten untergebracht werden. Strafvollzug, der seinen gesetzlichen Auftrag erfüllt, muss aber nicht nur die Allgemeinheit



schützen, sondern zugleich den Gefangenen den Weg in ein selbstverantwortetes und sozialverantwortliches Leben eröffnen. Die Resozialisierung bleibt damit ein wichtiges Ziel. Wir werden uns dafür einsetzen, die materiellen und personellen Rahmenbedingungen weiter zu verbessern. Schließlich sind weiterhin Entwicklungen zu unterstützen, um dem Rückfall stärker entgegenzuwirken. Wichtige Aufgaben nehmen hierbei die ambulanten sozialen Dienste der Justiz und die freien Träger der Straffälligenhilfe wahr. Der Ausbau dieser Projekte ist weiterzuführen, wobei eng mit den Kommunen und freien Trägern zusammengearbeitet wird.

Wir treten auch für neue Sanktionsformen ein. Das bisherige System von Geld- und Freiheitsstrafe ist nicht mehr zeitgemäß. Das strafrechtliche Sanktionensystem muss den gewandelten gesellschaftlichen, technischen und kriminalpolitischen Rahmenbedingungen angepasst werden. Dazu kann es gehören, das Fahrverbot als Sanktion über das Verkehrsstrafrecht hinaus zu erweitern, den Täter-Opfer-Ausgleich zu stärken, die gemeinnützige Arbeit als selbstständige Sanktion im allgemeinen Strafrecht ebenso einzuführen wie die Einheitsstrafe sowie den Bereich der Geldstrafe zu ändern und die Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafe zu vermeiden.

Die krasseste Form der Benachteiligung von Frauen ist Gewalt. Das werden wir auch in Zukunft nicht akzeptieren. Wir wollen den Schutz und die Hilfen für die Opfer verbessern und eine konsequente Bestrafung der Täter verwirklichen. Wir wollen einen gesellschaftlichen Konsens zur Ächtung von Gewalt erreichen. Dabei müssen gerade Männer ihrer Verantwortung für ein gesellschaftliches Thema, bei dem es um Achtung und Respekt der Geschlechter geht, gerecht werden.

Die verbesserte Zusammenarbeit von Polizei und Justiz wird sich auch im zusammenwachsenden Europa positiv auswirken. Da, wo grenzüberschreitende Kriminalität einfacher geworden ist, muss von staatlicher Seite konsequent und entsprechend reagiert werden können. Deshalb wollen wir die Strafverfolgungsbehörden in Europa weiter vernetzen.

Wer gegen unsere Gesetze verstößt, wird schnell und konsequent zur Rechenschaft gezogen. Das gilt für alle Delikte und für alle Tätergruppen. Obwohl die Strafverfahren in Nordrhein-Westfalen schnell erledigt werden – 1998 haben die Staatsanwaltschaften in Nordrhein-Westfalen 59% der Ermittlungsverfahren innerhalb eines Monats abgeschlossen, die Amtsgerichte 54% der Strafsachen und die Landgerichte 44% der erstinstanzlichen Strafverfahren innerhalb eines Vierteljahres erledigt – werden wir unsere Justiz weiter modernisieren. Das zügige Verfahren und überschaubare Strukturen sind die vordersten Ziele. Wir statten deshalb die Gerichte und die Staatsanwaltschaften informationstechnisch besser aus und machen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch qualifizierende Maßnahmen sowie Modernisierung ihres Arbeitsumfeldes noch leistungsfähiger. Dabei achten wir darauf, dass sich die Justiz als moderne Dienstleisterin versteht, für die Kundenorientierung und Bürgerfreundlichkeit wesentliche Anliegen sind. Unter Wahrung der Unabhängigkeit der rechtsprechenden Gewalt müssen deshalb alle Maßnahmen zur Modernisierung der Justiz auch auf dieses Ziel gerichtet sein.

Zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts und der Identifikation der Menschen mit ihrer Heimatgemeinde wollen wir die Kommunen weiter stärken. Überall dort, wo es möglich und sinnvoll ist, sollen Entscheidungen bürgernah und vor Ort getroffen werden.

Dafür setzen wir unsere Verwaltungsreform konsequent fort. Durch den Abbau von Bürokratie, durch die Vereinfachung von Verfahren und durch eine Dienstrechtsreform wollen wir unser Ziel einer schlanken, aber leistungsstarken Verwaltung in den nächsten Jahren Schritt für Schritt verwirklichen. Transparenz und Bürgerfreundlichkeit sind dabei oberste Grundsätze.



Dieser konsequente Modernisierungskurs zahlt sich aus. Schon heute ist Nordrhein-Westfalen das Land mit der kostengünstigsten Verwaltung in Deutschland. Wir haben im Ländervergleich die niedrigsten Personalausgaben: 2.033 DM pro Einwohner und Jahr, das sind 163 DM weniger als im Durchschnitt der anderen Flächenländer. Auch bei den Kosten für politische Führung liegen wir mit 45 DM pro Einwohner deutlich unter dem Niveau der anderen Flächenländer mit 63 DM. Das zeigt, dass unser Kurs richtig ist.

Wir wollen, dass alle Menschen sich bei uns sicher fühlen. Wir stehen für gelebte Demokratie ohne Ausgrenzung, welcher Art auch immer. Deshalb haben wir die Reform des Staatsbürgerschaftsrechtes durch die neue Bundesregierung unterstützt. Wie kaum ein zweites Land haben wir in Nordrhein-Westfalen lange, praktische und gute Erfahrungen im Zusammenleben mit unseren ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die wir nicht missen möchten. Wir wollen die hier legal lebenden Mitbürgerinnen und Mitbürger ausländischer Herkunft voll in unsere Gesellschaft integrieren. Dazu zählt auch die weitere Stärkung ihrer demokratischen Rechte und Mitwirkungsmöglichkeiten. Dazu gehört aber auch: Sein Aufenthaltsrecht verliert, wer schwere Straftaten begeht.

## 9. Nordrhein-Westfalen – ein Land der Kultur und des Sports

Ein Markenzeichen der Städte und Gemeinden unseres Landes ist die Vielfalt des kulturellen Lebens. Nordrhein-Westfalen hat eine anspruchsvolle und hochwertige Kulturszene, die weltweit Anerkennung erfährt. Dieser hohe kulturelle Standard findet Ausdruck auch in bedeutsamen Großveranstaltungen.

Wir werden die Vielfalt der kulturellen Aktivitäten auch künftig stärken und den Bestand kultureller Einrichtungen weiter entwickeln, indem wir z. B. regionale Kooperationen fördern. Wir wollen zugleich die Spitzenstellung der nordrhein-westfälischen Kultur in Europa weiter ausbauen, indem wir die grenzüberschreitenden Kulturprojekte voranbringen. Wir werden unsere internationale kulturfachliche Zusammenarbeit, z.B. mit den BeNeLux-Staaten, noch enger gestalten.

Genauso wichtig wie die öffentliche Förderung der Kultur ist die Kulturverantwortung der Bürgerinnen und Bürger. Wir setzen deshalb auch auf freiwilliges, ehrenamtliches Engagement in der Kultur und wollen Stifter, Sponsoren und Mäzene zu noch größerem Einsatz für die Kunst ermutigen. Dafür bringen wir zusammen mit der Bundesregierung ein kulturfreundliches Stiftungs- und Steuerrecht auf den Weg. Beispielgebend für die Zusammenarbeit von öffentlicher Hand und privaten Unternehmen ist das Nordrhein-Westfalen-Forum Kultur und Wirtschaft, das als Ort der Kommunikation und der Präsentation aktueller Themen im Spannungsfeld von Kultur und Wirtschaft gestaltet wurde.

Künstlerinnen und Künstler, die zum lebendigen und vielfältigen Kulturleben des Landes beitragen, werden wir unterstützen durch Arbeits- und Qualifizierungsstipendien, durch die Finanzierung von Studienaufenthalten und Beihilfen zur Präsentation. Wir werden den Prozess der Existenzgründung von Künstlerinnen und Künstlern durch Beratungsangebote, Existenzgründungsdarlehen und neue kulturelle Gründerzentren weiter begleiten und unterstützen.

In den letzten Jahren hat sich die Kulturwirtschaft noch stärker zu einer Branche mit Zukunft entwickelt. Kultur schafft Arbeit und Einkommen: Tausende von Arbeitsplätzen sind entstanden – in und um unsere Theater, Orchester oder Museen, um die soziokulturellen Zentren, in öffentlichen wie in privaten Einrichtungen. In Nordrhein-Westfalen gibt es mehr als 20.000 Menschen, die nur in künstlerischen Berufen beschäftigt sind.



Mit unserer regionalen Kulturpolitik wollen wir kreative Milieus im Land schaffen und stärken. Sie soll die Regionen des Landes darin unterstützen, sich im zusammenwachsenden Europa kulturell zu profilieren. Wir wollen die Kulturpolitik in den Regionen so unterstützen, dass eine umfassende Kulturversorgung gewährleistet ist.

Wir wollen die Zusammenarbeit der öffentlichen Kultureinrichtungen und der freien Szene unterstützen. Wir wollen Kultur und Wirtschaft oder Kultur und Tourismus neu zusammenzubringen, damit Kulturprojekte von neuer Qualität möglich werden: die Skulptur-Biennale Münsterland zum Thema „Skulptur und Landschaft“, die musikalische Inszenierung von Industriedenkmalern durch das Projekt „Musik im Industrieraum“ sind Beispiele dafür, auf denen wir aufbauen.

Wir sichern kulturelle und publizistische Vielfalt im Rundfunk – auch in der digitalen Welt. Für uns ist dabei klar: Auch unter sich rasch verändernden Rahmenbedingungen muss die Rundfunkordnung leistungsfähigen privaten und starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk, Meinungsvielfalt und Pluralismus gewährleisten. Auch in einer digitalen Zukunft gibt es nach wie vor Ziele, die wir im öffentlichen Interesse schützen müssen. Dazu gehört der offene Zugang von Anbietern und Nachfragern zum Markt der Informationen und Meinungen.

Die Übertragungswege für Rundfunk, neue Dienste und Telekommunikation wachsen zusammen. Neue Märkte und neue Marktchancen entstehen und damit auch neue Herausforderungen für eine gestaltende Medienpolitik: Der Wettbewerb um die Verteilwege nimmt zu, die Verantwortung derer, die auf diesen Wegen verteilen, auch. Immer schwieriger ist die rechtliche Einordnung auf neuen Verteilwegen. Intermediale und internationale Verflechtungen auf neuen meinungsrelevanten Märkten, Rechtehandel und Programmveranstaltung in einer Hand heißen die Herausforderungen an Konzentrationsbestimmungen zur Begrenzung der Meinungsmacht. Deshalb brauchen wir jetzt einen Kommunikationsrat zwischen Bund und Ländern, der die unterschiedlichen Gesetzgebungskompetenzen akzeptiert, das Vorgehen in den vorgegebenen Bereichen harmonisiert, der den Medienstandort Deutschland und die medienpolitische Kompetenz der Medien stärkt.

Wir wollen in Nordrhein-Westfalen mit gutem Beispiel vorangehen: Ein MedienNetzwerk NRW einsetzen und damit Impulse für den Aufbau eines Forums geben, das die Interessen von öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk, von Telekommunikations- und Informationsanbietern, von Politik und Wissenschaft bündelt. Auch die Arbeit im Landtag wollen wir durch einen Medienausschuss konzentrieren.

Sport ist ein unersetzlicher, aus dem kulturellen und gesellschaftlichen Leben nicht wegzudenkender Bestandteil unseres modernen Nordrhein-Westfalen. Deshalb haben wir die Sportförderung zum Verfassungsauftrag gemacht.

Der Sport ist mit fast 5 Millionen Vereinsmitgliedern die größte Bürgerbewegung in unserem Land. Er ist ein wichtiger Bestandteil sozialer Integration und auch aus der gesundheitlichen Versorgung nicht wegzudenken. Er ist gerade für unsere Kinder und Jugendlichen wichtig für die Persönlichkeitsentwicklung. Er ist Freizeitbeschäftigung und stärkt wie nur wenige andere Freizeitaktivitäten den sozialen Zusammenhalt. Deshalb fördern wir den Sport allein über den Landessportplan mit über 180 Millionen DM im Jahr. Für den Bau und die Modernisierung von Sportstätten haben wir zwischen 1992 und 1998 mehr als eine Viertel Milliarde DM bereitgestellt.

Das Zusammenwirken von Stadtentwicklung, Kultur und Sport werden wir auch künftig unterstützen.

Nordrhein-Westfalen ist Sportland Nr. 1 in Deutschland und wir wollen es auch bleiben: Für die, die aktiv Sport betreiben im Verein oder als individuelle Freizeitbeschäftigung, aber

auch für die, die Sportveranstaltungen besuchen wollen, und ebenso für die, die durch den Sport ihre Existenz sichern und ihren Arbeitsplatz erhalten.

An der Entwicklung des Sportlandes Nordrhein-Westfalen arbeiten viele mit – in Vereinen und Verbänden, in ehrenamtlicher oder hauptamtlicher Funktion. Wie kaum ein anderer gesellschaftlicher Bereich ist der Sport gelebte Alltagssolidarität. Deshalb kann der Sport in den nächsten Jahren auch Vorbild sein bei der Weiterentwicklung einer neuen partnerschaftlichen Kultur in unserer aktiven Bürgergesellschaft. Daran werden wir zusammen mit dem Landessportbund und den vielen haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern in den Vereinen in einem regelmäßigen sportpolitischen Dialog arbeiten.

Das Rückgrat des Sportlandes Nordrhein-Westfalen bilden die rund 20.000 Sportvereine. Sie stehen für Miteinander und Gemeinsamkeit. Wir wollen deshalb die Rolle der Vereine stärken und dazu beitragen, dass die Sportvereine ihre Rolle als führende Sportanbieter vor Ort auch unter veränderten Bedingungen behaupten können. Dazu werden wir die finanzielle Basis des organisierten Sports sichern und die Zusammenarbeit zwischen dem Land und den Sportorganisationen etwa über gemeinsame Schwerpunktsetzungen ausbauen. Wir haben uns mit Nachdruck und Erfolg dafür eingesetzt, dass die neue Bundesregierung bei der Reform der geringfügigen Beschäftigung die Möglichkeit schafft, die Arbeit von hunderttausenden Ehrenamtlichen und Übungsleitern gezielt zu fördern. Gerade der Sport zeigt, dass das Ehrenamt in unserer Gesellschaft Zukunft hat.

Richtig betriebener Sport hilft den Menschen, besser und gesünder zu leben. Wir wollen die Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger durch Sport fördern. Dazu gehören eine engere Zusammenarbeit zwischen Vereins- und Betriebssport, die Anerkennung des Gesundheitsaspektes des Sports durch die Krankenkassen und Konfliktregelungen zwischen den Belangen sportlicher Nutzung von Natur und Landschaft.

Wir wollen, dass jede und jeder in unserem Land den Sport ausüben kann, der ihren und seinen Interessen entspricht. Für dieses Ziel, Sport für alle, setzen wir uns ein: um Sport für Jugendliche noch attraktiver zu machen, bei der Förderung des Breitensports, bei speziellen Sportangeboten für Frauen und Mädchen oder bei der Förderung des Behindertensports.

Ein wichtiger Schlüssel, damit Sport auch in Zukunft seinen festen Platz hat, ist die Förderung des Schulsports. Dazu werden die Grundlagen im Vorschulalter gelegt. Wir wollen die bewegungsfreudige Schule, die Bewegung, Spiel und Sport in ihrem Schulprogramm verankert und als untrennbaren Bestandteil des Schullebens versteht.

Wir wollen die enge Partnerschaft zwischen Schulen, Vereinen und Verbänden auch bei der Talentsuche und Talentförderung. Die Vereinbarkeit von Trainings- und Wettkampferfordernissen einerseits und schulischen Erfordernissen andererseits ist für uns ein zentrales Element eines humanen Leistungssports, bei dem es nicht nur um Rekorde und Medaillen gehen darf, sondern um die persönlichen Entwicklungsmöglichkeiten der jungen Sportlerinnen und Sportler gehen muss.

Als weltoffenes, liberales Land ist unser Sportland Nordrhein-Westfalen immer wieder Schauplatz internationaler Großereignisse. Wir begrüßen die Bewerbung der Stadt Duisburg um die Ausrichtung der World Games 2005 und wir hoffen sehr auf einen Erfolg des DFB bei seiner Bewerbung um die Ausrichtung der Fußball-WM 2006. Unser Land hat dem internationalen Spitzenfußball attraktive Austragungsorte zu bieten: Wir werden uns auch in Zukunft mit entsprechenden Landesbürgschaften an Neu- und Ausbauprojekten beteiligen, um die Internationalität unseres Landes auch im Sport zu erhalten und auszubauen.



## 10. Kommunale Demokratie und Bürgerengagement

Die Offenheit der kommunalen Gremien und Organe, dort wo Bürger und Staat einander begegnen, hat eine Schlüsselstellung für die Wahrnehmung und die Akzeptanz unserer demokratischen Ordnung insgesamt. Sie ist von entscheidender Bedeutung dafür, dass die Bürger- und Zivilgesellschaft gelingt.

Die kommunale Selbstverwaltung ist die Grundlage des demokratischen Staatsaufbaus. Sie bietet allen Bürgerinnen und Bürgern die umfassendsten Möglichkeiten, das demokratische Gemeinwesen verantwortlich mitzugestalten.

Nordrhein-Westfalen hat traditionell eine starke kommunale Selbstverwaltung. Diese Tradition haben viele Tausend Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aktiv mitgetragen und mitgestaltet. Wir wollen die kommunale Selbstverwaltung konsequent weiterentwickeln. Wir wollen Bürgerkommunen, die sich noch mehr für Bürgerorientierung und kommunale Solidarität einsetzen und die das aktive Interesse am örtlichen Geschehen fördern. Wir wollen deshalb das für ein örtliches Gemeinwohl so wichtige bürgerschaftliche Engagement und soziale Ehrenamt modernisieren und stärken.

Dazu wollen wir

- die Modernisierung von Regierung und Verwaltung fortsetzen und insbesondere auf eine wirksame Verlagerung von Verantwortung und Entscheidungskompetenzen auf die örtliche Ebene, und damit in die Nähe der Bürgerinnen und Bürger hinwirken,
- die Einrichtung einer Zukunftskommission „Bürgerkommune Nordrhein-Westfalen unterstützen,
- durch Veränderung der Rahmenbedingungen – dazu gehören die rechtlichen Vorgaben (z.B. das Steuerrecht, die Beschleunigung der Genehmigungsverfahren und das aktive Eintreten für den Stiftungsgedanken) – Verbesserungen für ein gemeinwohlorientiertes Stiftungswesen erzielen; insbesondere wollen wir die Einrichtung von Bürgerstiftungen unterstützen,
- durch zielgerichtete Zusammenarbeit der Kommunal- und der Landesverwaltung dem Ehrenamt mehr Anerkennung verschaffen, insbesondere mehr Freiwilligen-Agenturen und Freiwilligen-Netzwerke aufbauen und bestehende Angebotsstrukturen besser verzahnen,
- als Land Initiativen unterstützen, die Bürger mehr und direkt an kommunalen Planungs- und Verwaltungsverfahren beteiligen, z.B. durch Planungswerkstätten und verstärkte Transparenz bei der Erarbeitung von kommunalen Haushalten („gläserner Haushalt“),
- das Leben der Bürgerinnen und Bürger in Kommunen durch den Ausbau der erfolgreichen Initiative Ordnungspartnerschaften noch sicherer gestalten,
- die Möglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger verbessern, sich selbst an der Erhaltung und Verbesserung öffentlicher Dienstleistungen zu beteiligen, wie dies heute schon viele Bürgerinitiativen und Vereine, beispielsweise im Sport und Freizeitbereich tun. Wir begrüßen es, wenn Kommunen Anreize für Bürgerinnen und Bürger geben, die Mitverantwortung zu übernehmen.

## 11. Ein europäisches Nordrhein-Westfalen in internationaler Verantwortung

Wir wissen aus Erfahrung:

Weltoffenheit, aber auch selbstbewusstes und klares Eintreten für unser Land und die Menschen in Nordrhein-Westfalen, das ist kein Widerspruch, das gehört untrennbar zusammen. Stark kann nur sein, wer aufgeschlossen ist für andere und anderes, wer sich neuen Herausforderungen auf der Grundlage seiner Werte und Erfahrungen stellt.

So wie wir in Nordrhein-Westfalen Heimat und High-Tech erfolgreich zusammengebracht haben, so werden wir unser Land auch in einer Welt, die immer stärker von globalen Entwicklungen geprägt wird, unverwechselbar und lebenswert erhalten.

Nordrhein-Westfalen ist seit 50 Jahren das politische, ökonomische und kulturelle Zentrum im Westen Deutschlands. Wir wollen, dass unser Land im Laufe der nächsten Generation zu einem Zentrum im Westen Europas wird.

Schon heute ist Nordrhein-Westfalen eine europäische Region ersten Ranges. In Nordrhein-Westfalen und bei unseren europäischen Nachbarn in Belgien, den Niederlanden und in Luxemburg leben 44 Millionen Menschen, also etwa jeder achte Einwohner der EU. Wir leben in einem seit Jahrhunderten eng verbundenen, europäischen Kulturraum, der sich bis nach Nordfrankreich erstreckt und der eine Keimzelle der Europäischen Union war und ist. Wir wollen, dass von hier auch in Zukunft Impulse für die Weiterentwicklung der EU im Geist der sozialen Demokratie und der sozialen Marktwirtschaft ausgehen, Impulse für Chancengleichheit, individuellen Leistungswillen und gesellschaftliche Verantwortung. Wir wollen Europa als Wertegemeinschaft festigen und ausbauen. Denn das ist der beste Weg, um Frieden und Wohlstand zu sichern und zu schaffen – in Europa und darüber hinaus.

Wir wollen, dass Europa im 21. Jahrhundert eine größere Rolle in der internationalen Politik spielt und mit einer Stimme für Menschenrechte und Demokratie spricht. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die EU sich stärker auf die großen Aufgaben konzentriert, die die Nationalstaaten nicht mehr lösen können – wie etwa die Sicherung des Friedens und des ökologischen Gleichgewichts, die Verankerung von Demokratie und Marktwirtschaft, die Schaffung eines fairen, offenen Welthandelssystems und beschäftigungsfördernder Rahmenbedingungen in Europa.

Mit der gemeinsamen Innen- und Justizpolitik, der Wirtschafts- und Währungsunion, der Einführung des EURO und der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik hat die EU wichtige Schritte eingeleitet, um in der Welt gleichberechtigt auftreten zu können. Sie bedürfen noch der Vertiefung durch innere Reformen und der Abrundung. Deshalb treten wir mit Nachdruck für größere Fortschritte bei der Koordinierung der indirekten Steuern, insbesondere der Energiebesteuerung, und bei der Besteuerung von Kapitalerträgen ein. Einer „Harmonisierung“ allerdings, die sich darauf richtet, gewachsene kulturelle Traditionen und Besonderheiten in den Mitgliedstaaten – wie zum Beispiel den öffentlich-rechtlichen Sektor im allgemeinen oder die öffentlich-rechtliche Kreditwirtschaft im speziellen – allein unter Marktkriterien anzupassen, treten wir mit Nachdruck entgegen. Wir wollen die Leistungen des öffentlich-rechtlichen Sektors für die Daseinsvorsorge erhalten.

Wir sehen in der Erweiterung der EU eine große Chance, um den europäischen Kontinent insgesamt zu demokratisieren und in Frieden zu stabilisieren. Aber wir wissen auch: Die Erweiterung setzt voraus, dass die EU die Kraft zu einer grundlegenden Reform ihrer inneren Strukturen findet und ihr Entscheidungssystem vereinfacht und klarer macht. Wir unterstützen die Forderung nach mehr Mehrheitsentscheidungen im Europäischen Rat. Aber wir



werden auch sorgfältig darauf achten, dass die Mitwirkungsmöglichkeiten unseres Landes nicht eingeschränkt und dass die wesentlichen Elemente unserer gesellschaftlichen und kulturellen Grundlagen nicht angetastet werden.

Im Rahmen unserer Möglichkeiten wollen wir die Beitrittskandidaten auf ihrem Weg zu Demokratie und Marktwirtschaft unterstützen. Wir bieten und suchen die Erfahrungen, die besten Lösungen, das beste Know-how für die Herausforderungen von morgen – und wir wollen sie zusammen mit unseren Partnern in den europäischen Regionen entwickeln, in Schule, Hochschule, Betrieb, Verwaltung und Politik. Denken und Handeln in partnerschaftlicher internationaler Nationalität – das wollen wir zum Markenzeichen, zum Leitbild Nordrhein-Westfalens im 21. Jahrhundert machen.

Zur voranschreitenden Globalisierung in Wirtschaft und Politik gehört untrennbar die Globalisierung im Denken und Handeln in der Einen Welt. Deshalb wollen wir auch in Zukunft den von der Agenda 21 angestoßenen Prozess unterstützen und eine ökonomisch nachhaltige, sozial gerechte und ökologisch tragfähige Entwicklung voranbringen – in Nordrhein-Westfalen ebenso wie im internationalen Rahmen.

Wir wollen die Potenziale unseres Landes zu Chancen für die Eine Welt machen. Nordrhein-Westfalen kann z.B. als Energieland Nr. 1 im Rahmen seiner internationalen Beziehungen einen wirksamen Beitrag zum globalen Klimaschutz und zu einer besseren Energieversorgung in den Entwicklungsländern leisten. Damit können wir eigenständige Entwicklungsprozesse in den Entwicklungsländern fördern und zugleich Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen sichern und schaffen.

Wir wollen auch in Zukunft das Wissen über und das Bewusstsein für globale Zusammenhänge in Nordrhein-Westfalen vertiefen und erweitern. Dazu werden wir auch die Möglichkeiten des internationalen Jugendaustausches nutzen, der jungen Menschen in grenzüberschreitenden Begegnungen Fähigkeiten und Fertigkeiten vermittelt, den Blick für die internationalen Bezüge ihres Lebens öffnet und zugleich Vorurteile abbauen und Ressentiments vorbeugen kann. Denn schon morgen werden unsere Kinder europäisch aufwachsen, lernen und leben. Darauf wollen wir sie nach besten Kräften vorbereiten. Um so vertrauter und lebenswerter wird ihnen unsere Heimat Nordrhein-Westfalen bleiben.

# III.

## Die Politik zum Land

Die Politik zum Land – unter diese Überschrift haben wir die Schwerpunkte sozialdemokratischer Politik für unser Land in den nächsten fünf Jahren gestellt. Das ist unser Angebot an die Wählerinnen und Wähler in Nordrhein-Westfalen, um deren Vertrauen wir bei der Wahl am 14. Mai 2000 werben.

Auch wer uns nicht in allen Punkten zustimmen vermag, dem versichern wir, dass wir uns – wie bisher – mit aller Kraft für das Wohlergehen der Menschen in unserem Land einsetzen.

Darauf können sich die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes auch in Zukunft verlassen. Denn die Grundregel unseres politischen Handelns ist und bleibt:

Wir machen Politik mit den Menschen für die Menschen.

